



# Unsere Welt



500 Jahre lang nicht zur Kenntnis genommen, diskriminiert und unterdrückt: Die tragende Kraft der Veränderungsprozesse in den Andenländern sind die Pueblos Originarios, deren Sozialorganisationen und insbesondere die Frauen. Auch wenn es die Medien nicht wahrhaben wollen. Foto: René Lechleiter

Che Guevara ist lebendiger denn je

## Wohlstand und Frieden für alle

Fast hundert Jahre nach der Russischen Oktoberrevolution hat sich das Zentrum der Emanzipationsbewegungen nach Lateinamerika verlagert; seit Beginn dieses Jahrhunderts obsiegen in mehreren Ländern sozial-politische Bewegungen an der Urne über Exponenten des Neoliberalismus. Das Epizentrum liegt heute in Bolivien. Eindrücke einer Wahlbeobachter-Delegation von ALBA Suiza im Andenland.

Von René Lechleiter

«Wir mussten Flüsse voller Blut und ein Meer von Tränen durchqueren um hierher zu gelangen» – mit diesen Worten fasst Katja, eine Aktivistin ohne Parteibindung das jüngste Wahlresultat in Bolivien zusammen. Sie repräsentiert die «Generation Evo», die im Bewusstsein über die schwierige, schmerzvolle Vergangenheit nun von der Basis her am Proceso de Cambio, am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung mitwirkt.

Effektiv ist das, was in Bolivien seit neun Jahren abgeht derart eindrücklich, dass es schwierig ist, es in Worten zusammenzufassen. Aus einem Land, das in seiner knapp 200 Jahren bürgerlicher Republik gekennzeichnet war durch immer wiederkehrende Machtwechsel und Militärputsche, durch Repression, politische Instabilität und extreme Armut, das durch die exzessive Ausbeutung der Rohstoffe seitens fremder Mächte zu einem «Bettler auf einem goldenen Thron» geworden ist, das trotz seinem grossen Reichtum an Silber, Gold, Zinn und weiteren Mineralstoffen zum rückständigsten Andenland verkam. Aus diesem Land ist eine selbstbewusste,

multikulturelle, aufstrebende Nation von grosser politischer und sozialer Stabilität geworden. Ein Land, in dem Demokratie im ursprünglichen Sinn des Wortes gelebt wird, durch eine grosse Beteiligung der Volks- und Basisorganisationen.

Dieser – in einer historisch gesehen extrem kurzen Zeit verwirklichten – sozial-politisch-ökonomische Umwandlungsprozess wurde mit den Wahlen vom 12. Oktober mehr als ratifiziert, insbesondere die Führung durch Evo Morales Ayma und die Organisation MAS-IPSP. Welcher Präsident, welche Regierung auf der Welt erreicht heutzutage bei der (dritten) Wiederwahl sagenhafte 61 Prozent der Zustimmung (bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent)?

### Evo hält Wort

Zudem mit einem Präsidenten der von ganz unten kommt, aus einer abgelegenen Provinz stammt, keinen akademischen Titel trägt, ein reiner Indio ist (zum ersten Mal seit 500 Jahren), bekannt wurde als Gewerkschaftsführer von Bauern (Coca-Pflanzer) und der einen ganz anderen Regierungsstil pflegt sowie einem anderen, von den Europäern längst verdrängten Selbst-

verständnis anhängt, das seine Wurzeln in einer mehrtausendjährigen, andinen Kultur hat ?!

Genau da liegt das Geheimnis. In Evo Morales und dem MAS kristallisiert sich eine uralte Aspiration der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – im Fall von Bolivien grossmehreitlich der Pueblos Originarios – auf das «vivir bien», auf ein soziales Zusammenleben in Frieden, das nur im Einklang mit der Natur möglich ist und insbesondere dann, wenn es zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft eine Ausgeglichenheit gibt und nicht nur Wohlstand und «Frieden» für ein paar Reiche. Eine Gesellschaft der Integration statt der sozialen Ausgrenzung, eine Gesellschaft des Gemeinsinns statt des Egoismus. Eine Gesellschaft mit einer wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten aller, gestützt auf eine Selbstbestimmung über die wichtigsten nationalen Ressourcen und Infrastruktureinrichtungen (via Nationalisierungen).

Man kann dies als eine mögliche Form des Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnen, im Moment sollte man aber eher von einer partizipativen Demokratie sprechen, in der die Beteiligung von Basisorganisationen unterschiedlicher Provenienz (Comunidades der Pueblos Originarios, Gewerkschaften, Parteien usw.) eine tragende Rolle spielen. Sie, die den «Krieg zur Rettung des Wassers» vor der Privatisierung und ebenso den

Fortsetzung Seite 2

## Aus dem Inhalt

Welt schlägt USA 188 : 2	2
West-Sahara: Der vergessene Konflikt	3
Wladimir Putin: Für weltweites Risikomanagement	4
Ukraine, Russland und der Westen: Spiel mit dem Feuer	5
Weltfriedenstag 2014: Dichtes Interesse	5
Ebola: «Vernachlässigbare» Krankheit	7
Papst Franziskus: Dialog mit der Sozialen Bewegung	8

## Allianz für die Völker Amerikas

### Zehn Jahre ALBA

In Europa beinahe unbeachtet kann die «Bolivarianische Allianz für die Völker Amerikas» ALBA ihr zehntes – erfolgreiches – Jubiläum begehen. ALBA heisst Morgenröte und wurde als Gegenoffensive diverser lateinamerikanischer Staaten gegen die Vereinnahmung ihrer Wirtschaft durch die von den USA dominierten Freihandelszonen gegründet.

Von René Lechleiter

«Drei Revolutionen, drei Präsidenten, drei Generationen» – mit diesen Worten fasste am 10. Dezember 2004 Fidel Castro die Gründung der Bolivarianischen Allianz für die Völker Amerikas (ALBA) zusammen, eine kontinentale Initiative der Solidarität und Integration, lanciert von Fidel, Chavez und Evo Morales.

Die Wahl des Kürzels ist kein Zufall, mit dem Aufbruch emanzipatorischer Bewegungen in verschiedenen Ländern des Subkontinents, die Erringung der Regierungsgewalt und die Bestrebungen seitens der USA, diese Länder durch Freihandelsabkommen (TLC) à la Mexico weiterhin an sich zu binden, erforderten nicht nur eine klare Antwort, sondern wurden zum Kern einer Gegenoffensive. Es war vor allem Hugo Chavez, der besetzt vom Einigungsgedanken des Befreiers Simon Bolivar, und mit der wirtschaftlichen Kraft eines erdölfördernden Landes im Rücken, den Blick vom dominierenden Norden abwendete und nach Süden schaute.

Die zentrale Wende erfolgte dann ein Jahr später, als am vierten Ibero-amerikanischen Gipfeltreffen in Mar del Plata (4./5.11.2005) die Grossoffensive der USA für die Schaffung einer kontinentalen Freihandelszone (ALCA) seitens der Mercosur-Staaten plus Venezuela (das damals noch nicht Mitglied von Mercosur war) ganz klar abgelehnt wurde. Weitere Staatspräsidenten wie Nestor Kirchner (Argentinien) oder Lula da Silva (Brasilien) hatten die Zeichen der Zeit ebenfalls erkannt.

Seither ist ALBA nicht nur an Mitgliedsstaaten gewachsen (im gehören

nebst Ecuador inzwischen auch Nicaragua sowie mehrere karibische Inselstaaten an), sondern rundherum erstarkt, und es ist auf vielen integrativen Ebenen tätig und erfolgreich. Einige Beispiele:

### Kultur

Mit Telesur, einem länderübergreifenden TV-Kanal besteht eine echte Alternative zur Dominanz der grossen Meinungsbildungs-Monopole, ausserdem wird alle zwei Jahre ein Literaturpreis vergeben, und zur Zeit ist man am Aufbau eines virtuellen Kunstmuseums;

### Sport

ALBA führt unter den Athleten der Mitgliedsländer eine eigene Olympiade durch;

### Bildung

Vermittelt ALBA sind die Ländern Bolivien, Nicaragua, Venezuela, Antigua und Barbados frei von Analfabetismus geworden (unter Verwendung einer in Cuba entwickelten Methode «Ja, ich kann», und rund 3.8 Millionen Menschen bis zur Primar-schul-Stufe unterrichtet worden;

### Gesundheit

In der gemeinsamen cubanisch-venezolanischen Escuela Latinoamericana de Medicina (ELAM) wurden bis jetzt 21 000 Ärzte aus allen ALBA-Staaten ausgebildet, sowie 1 600 Nachdiplome vergeben;

mit der «Misión Milagro» wurden 3.5 Mio Menschen von Augenkrankheiten geheilt;

fast 1.3 Mio Invalide Menschen erhielten Unterstützung;

Fortsetzung Seite 2

## Informationsfront

UNSERE WELT berichtet seit nun bald vier Jahrzehnten über den Kampf der Völker für Frieden und sozialen Fortschritt, für Würde und Selbstbestimmung. Nicht von aussen, nicht darüberstehend, nicht neutral sondern mittendrin, Partei ergreifend, mitkämpfend.

Unsere Waffe dabei ist die Information. Wir verhehlen nicht, dass wir uns oft ein grösseres Kaliber wünschten gegen die Desinformationsmittel der vorherrschenden Medienkonzerne. Andererseits sind wir froh, dass das einzige Kapital, das hinter unserer Zeitung steht, Leserinnen und Leser sind, die mit uns eintreten für eine andere Welt, eine Welt, die eben die Unsere ist, eine Welt der Solidarität, der Freundschaft, der Offenheit, eine Welt der Hoffnung, des behutsamen Umgangs mit Mensch und Natur.

Und genau diese Leserinnen und Leser – Sie, Du – bitten wir heute einmal mehr: Denken Sie beim nächsten Gang zum Postschalter oder beim nächsten Einloggen in Ihr Bank- oder PC-Konto an UNSERE WELT (PC 40-1627-7, SFB, 4002 Basel, Vermerk UW). Herzlichen Dank!

Redaktion UNSERE WELT



In vielen Wandbildern kommt heute in Bolivien der Wille zur Veränderung, die Erinnerung an die langen Kämpfe sowie der internationalistische Gedanken zum Ausdruck. Foto: René Lechleiter

### Wohlstand...

Fortsetzung von Seite 1

«Krieg um das Gas» gegen die neoliberale Politik der Regierung Goni gewonnen haben sind die tragende Basis der Wählerfolge ihres Einheitsvertreters Evo Morales von 2005, 2009, und jetzt im Oktober 2014.

Nicht zu vergessen ist der Meilenstein neue Verfassung, die im Januar 2009 in einem Plebiszit mit grosser Mehrheit gutgeheissen worden ist. Damals hatten die weissen Grossgrundbesitzer im Tiefland mit Gewalt versucht, drei Provinzen (die einen Halbmond bilden) abzuspalten. Jetzt herrscht in Bolivien praktisch Vollmond, das MAS und Evo konnten sich in Santa Cruz und Pando mit Mehrheit durchsetzen. Sehr eindrücklich ist dabei auch die Präsenz der langezeit vernachlässigten Frauen; bei den jetzigen Wahlen eroberten sie 48, 2 Prozent der Sitze im Parlament. Auch im Kabinett von Evo Morales sind sie mit fast 50 Prozent vertreten.

In der landesweiten Zustimmung materialisiert sich all das, wofür sich viele Menschen auf dem ganzen Kontinent seit Jahrzehnten, oft unter Opferung des eigenen Lebens, eingesetzt haben, kristallisiert in der Person von Che Guevara. Man konnte einen Menschen ermorden, nicht aber seine Ideen.

Diese Ideen zu realisieren hat sich die Regierung Morales auf die Fahne geschrieben, und heute sind die Resultate, so man dazu die Augen offen hat, in jedem Winkel des Landes zu sehen. «Evo cumple» (Evo hält Wort) heisst eines der Programme, mit dem überall neue Schulhäuser sowie gedeckte Multi-Sportplätze errichtet wurden; «Mi Agua III» ein anderes Programm, bereits in der Dritten Phase, mit dem einerseits Trinkwasser in abgelegene Dörfer, andererseits Bewässerungsanlagen für die von Dürre betroffenen Gebiete erstellt werden. Das sind nur zwei Beispiele aus der realen Sozialpolitik der Regierung, die vor allem die bisher «Vergessenen» erreicht. Wer das Schuljahr absolviert erhält den Bonus «Juacinto Pinto», alte Menschen erstmals eine bescheidene Rente, schwangere und stillende Frauen einen Milchbonus usw.

Kein Tag vergeht, an dem Evo Morales oder sein Vize, Alvaro García Linera irgendwo im Land eine neue Infrastruktureinrichtung einweihen, im engsten Kontakt mit der Bevölkerung und immer verbunden mit einem Dialog mit ihr, mit schöpferischen Ansprüchen (vom Radio übertragen und in Sonderbeilagen der Zeitung «Cambio» nachzulesen), die in ihrem Kern immer ein Beitrag sind zur Bewusstseinsbildung.

All diese Sozialwerke und Infrastrukturausbauten sind aus eigener Kraft des Landes finanziert. Möglich wurde dies durch eine neue Politik der Abstützung auf die natürlichen Reichtümer des Landes, vor allem im Bereich Hydrocarburo, deren Benefiz

erstmalig zur Entwicklung des Landes verwendet wird und nicht mehr indiskriminiert abfliesst. Dabei existiert in Bolivien bewusst so etwas wie eine Gemischte Wirtschaft; grosse Infrastrukturbauten werden öffentlich ausgeschrieben und an Privatunternehmen vergeben, der Kleinhandel profitiert vom ständig verbesserten Strassennetz, der Elektrifizierung und der gesteigerten Produktion zu Land, Produktivkraft (BIP von über 5 %).

### In ganz Lateinamerika

Ähnliche Prozesse – jeweils mit national eigener Charakteristik – sind zur Zeit in ganz Lateinamerika sichtbar und konnten sich im Laufe des Jahres 2014 nach hart geführten Wahlprozessen festigen. Sanchez Ceren und der FMLN in El Salvador, Dilma Rousseff und die PT in Brasilien, Tabare Vazquez und die Frente Amplio in Uruguay.

Selbst in einer der letzten Hochburgen der USA auf dem Kontinent, in Kolumbien sah sich die Regierung Santos gezwungen, sich mit den FARC-Vertretern an den Verhandlungstisch zu setzen, weil trotz Hochrüstung (und sieben US-Militärbasen) der ältesten bewaffneten Aufstandsbewegung des Kontinents mit militärischen Mitteln nicht beizukommen ist. Auch die alten Diffamierungsmechanismen greifen nicht mehr so ohne weiteres: In Uruguay (Mujica) vor vier Jahren und neu auch in El Salvador sind ehemalige Guerrilla-Commandanten zu Staatspräsidenten gewählt worden.

### Noch ein weiter Weg

Dabei wäre es gefährlich, bereits davon zu sprechen, mit diesen Wahlerfolgen, respektive mit diesen eindrücklichen Willensäusserungen breiter Kreise (der Mehrheit) in ganz Lateinamerika seien die laufenden Emanzipationsprozesse abgesichert oder gar die Machtfrage «gelöst». Nein, die Interessen, diesen Subkontinent weiterhin zugunsten der ausserkontinentalen dominanten Mächten sowie einer kleinen nationalen Oberschicht auszubeuten sind zu gross, als dass diese freiwillig aufgeben würden. Zudem verfügen sie über das internationale Bankensystem, über die grossen Medienkonzerne und mit den Steuerministern im Pentagon und Washington über mächtige Instrumente für ein mögliches Revirement.

Im Moment sind diese Kräfte des Neoliberalismus – der aktuellen Erscheinungsform des Kapitalismus und des Konsumismus – in der Defensive. Ihre «Rezepte» haben sich ja inzwischen auch in Europa als untauglich erwiesen. Aber immer noch gibt es viele Menschen – insbesondere in den wachsenden Mittelschichten – die das Heil im Norden sehen. Es ist fast so wie vor rund hundert Jahren: Etwas Neues aufzubauen, für das es keine gesicherten Rezepte gibt, und von dem auch die bisher ausge-

schlossenen, unterprivilegierten Bevölkerungskreise profitieren, weckt viel Neid und Ängste, ist jedenfalls schwieriger als einfach am alten Trip festzuhalten.

Der beachtenswerte Unterschied liegt darin, dass sich der Aufschrei der Veränderungswilligen wegbewegt hat von den russischen Steppen vom Ural, hin zu den Anden (v.a. Bolivien und Ecuador) und auch Fuss gefasst hat in den Weiten von Uruguay, Brasilien, Venezuela bis hinauf nach Zentralamerika.

Ein wesentliches Element, warum diese Bewegungen nicht mehr so einfach rückgängig gemacht werden können liegt in der – von Hugo Chavez mit Kraft vorangetriebenen – Idee der Integration statt Separation. Das «divide et impera» (Teile und Herrsche) hat ausgespielt. Mit den internationalen Zusammenschlüssen wie dem MERCOSUR, der UNASUR, der CELAC (unter gleichberechtigtem Einschluss von Cuba, und unter Ausschluss der USA), und insbesondere den engen Austausch-Bestrebungen der ALBA-Länder ist – bereits seit nunmehr zehn Jahren – ein neues Zeitalter angebrochen.

An der in Havanna durchgeführten Gipfelkonferenz der CELAC, an der Staatspräsidenten unterschiedlichster politischer Couleur teilgenommen haben, ist ganz Lateinamerika zu einer Zone des Friedens erklärt worden. Ein klares Zeichen an die USA, dass die Monroe-Doktrin (Amerika den Nord-Amerikanern) ausgespielt hat. Die Völker wollen in Frieden leben und ihre Geschicke endlich selber bestimmen – genau so wie es Fidel Castro in der 2. Erklärung von Havanna (1962) verkündet hat: Ahora Si, die Völker Amerikas haben definitiv begonnen, ihre eigene Geschichte zu schreiben!

### 10 Jahre ALBA...

Fortsetzung von Seite 1

Kinder/Jugendliche bis 18 Jahren erhielten Prothesen;

### Ökonomie

Zur Finanzierung respektive Kreditverleihung an Projekte der integrativen Produktion wurde im Jahr 2008 in Caracas die ALBA-Bank gegründet, die dann 2010 ihre Funktion aufnahm. Um vom Dollar-Wechselkurs unabhängig zu werden funktioniert der Länderaustausch dieser Bank über eine virtuelle Währung, der Sucre (XSU); bereits sind mehrere landwirtschaftliche Projekte in acht kleineren Staaten angelaufen.

Auch die Solidarität mit dem Erdbebenopfern in Haiti läuft über die ALBA-Bank, ebenso der jüngst beschlossene Einsatz von Ärzten gegen die Ebola-Epidemie in Afrika.

Sehr bedeutend ist die von ALBA geschaffene Wirtschaftszone von Petrocaribe, welche ausserhalb der OPEC-Preise und mit langfristigen Rückzahlungsverträgen zu günstigen Konditionen es kleineren Staaten ermöglicht, Entwicklungsprojekte zu fördern.

ALBA hat in zehn Jahren den Tatbeweis geliefert, dass Schritte zur Integration möglich und zu allseitigem Vorteil sind – auf der anderen Seite versuchen die USA nach wie vor alles, damit ihnen nicht alle Pfründe verloren gehen. Die Rettung wird zur Zeit in der Gründung einer «Pazifischen Allianz» gesucht, in der die Nicht-ALBA-Staaten Chile, Peru und Kolumbien eingebunden werden sollen. Auch da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

### ALBA Suiza

Für mehr Infomationen: In der Schweiz existiert seit über einem Jahr mit ALBA Suiza eine Solidaritätsorganisation für diesen Prozess in Lateinamerika: [www.albasuiza.com](http://www.albasuiza.com).

### UNO-Vollversammlung isoliert die USA erneut

## Welt schlägt USA 188:2

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat Ende Oktober mit überwältigender Mehrheit das Ende der US-Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba gefordert, die seit 1962 bis heute in verschärfter Form in Kraft ist. Die Resolution wurde von 188 Ländern unterstützt, lediglich die USA und Israel stimmten dagegen. Es gab drei Enthaltungen. Damit entspricht das Ergebnis exakt dem des Vorjahres.

«Wir können innerhalb unserer Gegensätze in zivilisierter Form miteinander leben und in Kontakt treten», versicherte Kubas Aussenminister Bruno Rodríguez in seiner Rede vor der UN-Versammlung. Sein Land werde hingegen «niemals auf seine Souveränität oder seinen frei gewählten Entwicklungsweg verzichten, den Aufbau eines gerechteren und effizienteren, prosperierenden und nachhaltigen Sozialismus.» (*amerika21*)

### New York Times

## Für Aufhebung der Kuba-Blockade

Das Ziel der Blockade, die Regierung Castro zu beseitigen, sei gescheitert, so die New York Times. US-Unternehmen sollen in Kuba investieren können.

### Von Julia Zieger

In ihrer Kolumne «Meinung zum Sonntag» hat die New York Times (NYT) US-Präsident Barack Obama unlängst eine Beendigung der Blockade gegen Kuba empfohlen.

Argumentationsgrundlage der NYT für eine Beendigung der Blockade sind vor allem strategisch-politische sowie ökonomische Ziele. Zwar wird von der Chance «Geschichte zu schreiben» gesprochen, jedoch scheinen die «schwachen bilateralen Beziehungen», besonders zu den Latein- und Südamerikanischen Ländern, ein Hauptmotivationsgrund für die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen mit Kuba zu sein. Diese belasteten in besonderem Masse die Wirtschaft der USA, so die NYT. Daher sollte das Weisse Haus Erleichterungen für Firmen schaffen, die in Kuba investieren wollten.

Das Ziel der Blockade, «die Regierung Castro zu beseitigen», sei klar gescheitert, stellt die NYT fest. Es sei daher künftig notwendig, direkte diplomatische Beziehungen aufzubauen. Diese seien der bessere Ausgangspunkt, um «Druck für demokratische Reformen auf Kuba auszuüben». Nur so könne auch der Konflikt um den seit 2009 für «Handlungen gegen die Unabhängigkeit und Integrität Kubas» inhaftierten Alan Gross, der in den USA als unschuldig festgenommener Entwicklungshelfer gilt, gelöst werden (siehe dazu auch Text im Kasten).

Die NYT appelliert darüber hinaus an Präsident Obama, an dem für April 2015 anberaumten 7. Amerika-Gipfel lateinamerikanischer Staaten teilzunehmen, trotz der Tatsache, dass erstmalig Kuba eingeladen ist. Ein weiterer Schritt sei die Streichung Kubas von der vom Aussenministerium herausgegebenen Liste von Staaten, die den Terrorismus finanzieren.

Die NYT-Kolumne rief in den USA umgehend scharfe Kritik hervor. So sagte der demokratische Senator Robert Menendez, solche «schlecht beratenen politischen und ökonomischen Bestrebungen» würden weder die «Werte Amerikas repräsentieren, noch wären sie von nationalem Interesse».

Von kubanischer Seite reagierte Revolutionsführer Fidel Castro auf den Beitrag. Er hob den Nutzen einer intensiveren Kooperation für die USA in Bereichen wie Klimawandel und Waffenkontrolle hervor. Besonders würdigungswert sei die Tatsache, dass die USA Kuba als das am «höchsten gebildete Land der Region» anerkennen. Ebenso positiv sei die Würdigung der kubanischen Bemühungen in den Friedensgesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und der

FARC-Guerilla. Als «Unterstellung» bezeichnete er dagegen die Darstellung, dass die «autoritäre Regierung» in Kuba «weiterhin Dissidenten unterdrücke und inhaftiere», sowie ihre eigenen «Unzulänglichkeiten» auf die Blockade schiebe.

In einer Replik hob die NYT vor allem den positiven Effekt von Castros Beitrag in der kubanischen Gesellschaft hervor. Durch seine fast vollständige Zitierung ihres Artikels und der anschliessenden umfangreichen Publikation in kubanischen Rundfunk- und Printmedien, habe er eine breite Debatte zu dem Thema in der kubanischen Bevölkerung ermöglicht. (*Quelle: amerika21.de*)

### New York Times für Austausch

In einem Leitartikel der New York Times vom 3. November 2014 forderte deren redaktioneller Beirat einen Gefangenenaustausch zwischen den USA und Kuba: Die drei noch in US-Haft verbliebenen Mitglieder der «Cuban Five» sollen nach Kuba ausreisen dürfen und im Gegenzug würde der US-Bürger Alan Gross, der in Kuba eine 15-jährige Haftstrafe verbüsst, die Freiheit wiedererlangen.

In der Solidaritätsbewegung für die in den USA fälschlicherweise als Terroristen verurteilten «Cuban Five» wird der Leitartikel als bedeutender Durchbruch bezeichnet. Hervorgehoben wird insbesondere die Einschätzung der NYT, dass die Umwandlung der Strafurteile der Fünf «in Anbetracht der langen Zeit, die sie verbüsst haben, der beunruhigenden Fragen hinsichtlich der Fairness ihres Prozesses und des möglichen Gewinns für die Ebnung des Weges zu einem neuen bilateralen Verhältnis» notwendig sei. Die wichtige US-Tageszeitung drängt über diesen humanitären Austausch auf eine schnelle Lösung des Falles von Alan Gross.

Der Artikel geht auf Einzelheiten im Fall von Gerardo Hernández von den «Fünf» und auf die abweichende Meinung von Bundesrichterin Kravitch ein, die darauf bestand, die Staatsanwälte der Regierung hätten es versäumt, Gerardo Schuld an der angeblichen Verschwörung zum Mord zu überprüfen. Sie war auch in dem ursprünglichen 3-Richter-Gremium, das die Schuldsprüche der Fünf 2005 annullierte.



Sahraische Frauen im Flüchtlingslager Tindouf im Süden Algeriens. Foto Salamu Hamudi Bachri

## Die Geschichte eines sahrauischen Aktivisten

# Omars Odyssee

Er organisierte ein Protestcamp gegen die Besetzung der Westsahara durch Marokko. Dann musste er untertauchen und fliehen. Die Geschichte von Omar endet vorerst in einem Flüchtlingslager in Algerien.

Von Frank Odenthal

Als er endlich auf algerischer Seite ankommt, ist von Erleichterung wenig zu spüren. Die Eintönigkeit der Wüste, die Perspektivlosigkeit – die ersten Tage im Flüchtlingslager sind eher ein Schock als eine Erlösung. Sein altes Leben, erzählt Omar, das hatte in El-Aiun gespielt, der quirligen Hauptstadt der Westsahara. Sich nun an sein neues Leben in einem Flüchtlingslager mitten in der Sahara zu gewöhnen, das sei ihm nicht leicht gefallen.

### Siedler und Besatzer

Aber der Reihe nach. Die Marokkaner waren schon da, als Omar geboren wurde. Sie kamen 1976 in die Westsahara, Omars Heimat, als sich die bisherige Kolonialmacht Spanien zum Rückzug entschloss. König Hassan II. von Marokko nannte es den «grünen Marsch», womit er friedliche Absichten suggerieren wollte: Bauern, Frauen, Kinder, geschickt vom alewitischen Königshaus in Rabat, um die Ansprüche auf die «südlichen Provinzen», wie Hassan II. die Westsahara bezeichnete, geltend zu machen. Doch tatsächlich kamen die Marokkaner als Besatzungsmacht. Die Siedler waren die Vorhut. Es folgte die hochgerüstete marokkanische Armee.

Bis heute ist die Westsahara de facto von Marokko annektiert. Den Sahrauis, den ursprünglichen Bewohnern der Westsahara, blieb nur ein schmaler Streifen entlang der Grenze zu Algerien und Mauretanien, in dem sich ihre Widerstandarmee, die «Frente Polisario», behaupten konnte. Ein Grossteil der Sahrauis ist in die Wüste geflohen, hinüber in die Flüchtlingslager auf algerischer Seite. Omar wählt einen anderen Weg. Er geht nach Marokko und studiert Anglizistik und englische Literatur. Zurück in Al-Ayouin in der Westsahara, findet er, wie so viele Sahrauis, zunächst keine Arbeit. Die marokkanischen Firmen, die mit den Siedlern kamen, stellen nur Marokkaner ein. Er findet dennoch eine Anstellung, in einer Fischfabrik. Er verschweigt, dass er kein Marokkaner, sondern Sahraui ist. «In einer Fischfabrik zu arbeiten, das ist wie Sklaverei», erzählt Omar. «Der Arbeitstag beginnt um sechs Uhr morgens und endet um Mitternacht. Zentnerschwere Kisten

schleppen, Tag für Tag, auch an den Wochenenden. Wer krank wird oder nachlässt, wird gefeuert.»

Als die Fischfabrik Konkurs anmeldet, entschliesst sich Omar zum Protest. Sahrauische Widerstandsgruppen schlagen ein Zeltlager südöstlich von Al-Ayouin auf, bei einem Dorf namens Gdeim Izik. Es ist der 10. Oktober 2010. «Anfangs waren wir keine 40 Personen, verteilt auf sechs Zelte», erinnert sich Omar. «Eine Woche später waren es schon über tausend.» Einen Monat später, am 8. November 2010, befinden sich über 22 000 friedliche Demonstranten in 8 000 Zelten auf dem Gelände. Es ist der Tag, an dem das marokkanische Militär das Lager mit äusserster Bru-



Omar (32) protestierte gegen die Besetzung der Westsahara durch Marokko. Foto Odenthal

talität räumt. Omar ist nach der Auflösung des Protestcamps zur Flucht gezwungen, um der Verhaftung durch die marokkanische Polizei zu entgehen. Er flieht in die Wüste, wo er sich über zwei Wochen nur von Wasserreserven und dem wenigen Proviant ernährt, den er mitnehmen kann. Nachts, bei Temperaturen, die sich in der Sahara der Null-Grad-Marke nähern, friert er bitterlich. Als er sich endlich nach 15 Tagen, ausgezehrt und gesundheitlich angeschlagen, zurück nach Al-Ayouin traut, wird er beinahe von marokkanischen Sicherheitsbehörden aufgegriffen. Er flieht erneut in die Wüste. Diesmal will er sich bis nach Algerien durchschlagen, wie so viele Sahrauis vor ihm, die dort Schutz vor marokkanischen Attacken

gefunden haben. Dieser Teil der Sahara, die Hamada, in der es nichts ausser Sand und Geröll gibt, wird auch die «Wüste in der Wüste» genannt. Wieder ist Omar den lebensfeindlichen Bedingungen schutzlos ausgeliefert. Als er vor dem streng bewachten und verminten Grenzwall ankommt, den die Marokkaner aufgeworfen haben, um den von ihnen beanspruchten Teil der Westsahara von jenem Streifen zu trennen, den die Widerstandskämpfer der Frente Polisario behaupten konnten, droht seine Flucht endgültig zu scheitern.

### Durchs Minenfeld

Doch der Zufall kommt ihm zu Hilfe – in Form eines entlaufenen Kamels. Den heimischen Beduinenstämmen erlauben die marokkanischen Grenzsoldaten den Übertritt über die Grenzanlage, um entlaufene Tiere wieder einzufangen. Omar besticht die Beduinen mit 500 Euro – Geld, das er als eiserne Reserve mühsam angespart hatte, um eines Tages ein Eigenheim bauen zu können. Die Beduinen geben ihn daraufhin als einen der ihren aus. Sie geleiten ihn durch die türkisch vermintete Pufferzone entlang des Grenzwalls. Wenig später wird er von einer Patrouille der Frente Polisario gefunden und in ein sahrauisches Flüchtlingscamp auf algerischem Boden gebracht.

Seitdem führt der 32-Jährige ein Leben im Exil, in einem der Lager rund um die algerische Garnisonsstadt Tindouf, so wie geschätzte 170 000 Sahrauis mit ihm. Viele seiner jüngeren Landsleute wurden hier geboren und kennen die Heimat nur aus dem Fernsehen oder dem Internet. Was sie dort sehen, ist entmutigend. «Die täglichen Schikanen, die Perspektivlosigkeit, die Gewalt, vor allem gegen unsere Frauen. Und wir müssen mit ansehen, wie unser Land, unsere Bodenschätze allmählich von den Marokkanern geplündert und verhöckert werden.» In Omars Stimme schwingt Resignation mit; er hat die Geschichte seiner Heimat schon zu oft erzählt. Es ist eine Geschichte vom Reichtum eines Landes und davon, wie wenig davon bei den Menschen ankommt, die dort wohnen.

### Hemmungslose Plünderung

Erst im Dezember vergangenen Jahres verlängerten die Europäische Union und das marokkanische Königshaus ein Kooperationsabkommen zur Ausbeutung der reichen Fischgründe vor der Küste der Westsahara. Dass es sich dabei um völkerrechtswidrig annektiertes Gebiet handelt, hinderte in Brüssel niemanden an der Unterschrift. Hinzu kommen die riesigen Phosphatvorkommen der Westsaha-

## Die Westsahara kämpft weiter

# Vergessener Konflikt

Von Frank Odenthal

Der Kampf um die Westsahara begann mit Zivilisten. König Hassan II. von Marokko hatte am 6. November 1975 ein Heer von 350 000 Bauern über die Grenze geschickt. «Grüner Marsch» nannte er es euphemistisch. Das Ziel war weniger friedlich: die Besetzung und Besiedlung der Westsahara.

Die eigentlichen Bewohner der Westsahara, die Sahrauis, erklärten ihre Widerstandsbewegung, die «Frente Polisario», zur alleinigen Interessensvertretung aller Sahrauis und nahmen den Kampf gegen die Besatzer auf.

Der Konflikt eskalierte in den ersten Februarwochen des Jahres 1976, als die marokkanische Armee Napalm- und Phosphorbomben auf mehrere Städte der Westsahara warf. Daraufhin zog sich die bisherige Kolonialmacht Spanien Ende Februar 1976 zurück und überliess die Westsahara ihrem Schicksal. Am 27. Februar 1976 rief die Polisario den unabhängigen Staat «Demokratische Arabische Republik Sahara» aus.

Die Unabhängigkeit währte jedoch nicht lange. Neben Marokko fiel auch Mauretanien über den neu gegründeten Staat her. Die Sahrauis, unterstützt von Algerien, leisteten erbitterten Widerstand. Im August 1979 einigten sich die Polisario und die Regierung Mauretaniens auf einen Friedensvertrag. Die marokkanischen Truppen nutzten das kurzzeitige Vakuum und besetzten die von Mauretanien geräumten Gebiete.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die bereits das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis festgestellt hatte, verurteilte diese Ausweitung der Besetzung durch Marokko in ihrer Resolution 34/37 scharf. Auf einem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) in Kenia im Juni 1980 akzeptierte König Hassan II., was zuvor neben der AU auch die UN verlangt hatten: die Frage der Unabhängigkeit der Westsahara in einem Referendum zu klären.

Allerdings dauerte es noch bis zum Jahr 1991, bis beide Konfliktparteien einem Friedensplan der Vereinten Nationen zustimmten. Dieser sah einen Waffenstillstand zur Durchführung des Referendums vor.

Seitdem ist die Frage, wer bei dem Referendum stimmberechtigt sein soll, strittig. Bis heute hat sich Marokko mit den von Polisario und UNO vorgeschlagenen Wahllisten nicht einverstanden erklärt. Viele Beobachter glauben, die marokkanische Seite spiele auf Zeit, um die Bodenschätze der Westsahara weiter auszuplündern (z.B. mit Hilfe von Glencore, UW).

Momentan leben ca. 300 000 marokkanische Siedler in der Westsaha-

ra. Die Zahl der über die Westsahara und die algerischen Flüchtlingslager verteilten Sahrauis ist ein gut geheutes Geheimnis. 120 000 sind es in dem von Marokko besetzten Gebiet. In der von der Polisario kontrollierten Zone werden nur wenige Tausend halbnomadisch lebende Sahrauis vermutet. Und die Schätzungen, wie viele Sahrauis in den algerischen Camps leben, liegen zwischen 160 000 bis 200 000. Damit könnte es auf ein Patt hinauslaufen, bei dem es auf jede Stimme ankommt. Auf Unterstützung durch die EU konnten die Sahrauis bislang nicht hoffen. Dafür sorgt Marokkos engster Verbündeter Frankreich. Bis heute können die Machthaber in Rabat sich darauf verlassen, dass Paris bei den europäischen Institutionen in Brüssel jede allzu harsche Kritik am Vorgehen Marokkos abblockt.

Inzwischen haben 43 Staaten die Westsahara offiziell anerkannt. Ein EU-Staat ist nicht darunter.



Kubanisches Solidaritätsposter mit der Polisario (Rafael Enriquez, OSPAAAL 1978)

### Solidarität mit den Sahrauis

Wer sich in der Schweiz für die Westsahara engagieren möchte, tut dies zum Beispiel im Verein Freunde des Sahrauischen Volkes, Postfach 31, 4005 Basel, [amigos\\_pueblo\\_saharai\\_basel@yahoo.de](mailto:amigos_pueblo_saharai_basel@yahoo.de) oder im Schweizerischen Unterstützungskomitee für die Sahrauis (SUKS), das seit Jahren ein Info-Bulletin herausgibt und damit einen wichtigen Beitrag gegen das Verschweigen und Vergessen des Konfliktes leistet. Kontakt: SUKS Postfach 8205, 3001 Bern, Tel. 031 351 78 20, [suks@arso.org](mailto:suks@arso.org), [www.suks.ch](http://www.suks.ch)

ra, die als die zweitgrössten weltweit gelten – gleich nach denen Marokkos. Und mittlerweile wurden auch die bislang nur vermuteten Erdöl- und Erdgasfelder vor der südwestlichen Atlantikküste des Landes bestätigt. Die Westsahara könnte ein reiches Land sein. Was fehlt, ist die Unabhängigkeit, die Souveränität über den eigenen Reichtum.

Omar hat inzwischen eine Stelle im sahrauischen Kultusministerium gefunden, das sich, wie alle administrativen Einrichtungen der Sahrauis, in den Lagern in Algerien befindet. Dort arbeitet er im Mediendepartment, wo er sich um das kulturelle Leben in den Camps kümmert. «Das Highlight ist das alljährlich stattfindende internationale Filmfestival «FiSahara», erklärt Omar. «Auch die Vorbereitungen für das Kunstfestival «ARTifariti», das jedes Jahr in der befreiten Zone stattfin-

det, nehmen mich sehr in Anspruch.» Und natürlich kümmere er sich darum, das Anliegen der Sahrauis in die Welt hinauszutragen, über RASD-TV, den sahrauischen Fernsehkanal, über «Radio Sahrawi», über das Internet. Er habe endlich das Geld zusammen, um ein Haus zu bauen, berichtet Omar stolz. Er will es in einem der neueren Lager bauen, in Camp Boujdour, wo es demnächst flächendeckend Elektrizität geben soll. Ob das nun doch noch ein Happy End sei, hier, mitten in der Wüste? Ein Happy End, sagt er, wäre es, wenn er sein Haus in Al-Ayouin in der Westsahara errichten könnte.

Frank Odenthal ist Freier Journalist und lebt in der Nähe von Basel. Seine Texte erschienen zuerst im Magazin «welt-sichten» ([www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org)) und im «Neuen Deutschland». Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

## Wladimir Putin an westliche Eliten

## Einander mit Respekt begegnen

Der russische Präsident Wladimir Putin hielt Ende Oktober im Valdai-Diskussionsklub in Sotschi eine Rede, in welcher er sich für ein Wiedererstarken der Systeme kollektiver Sicherheit aussprach. Die westlichen Medien taten ihr Bestes, um die Rede zu ignorieren oder ihren Sinn zu verdrehen. Ungeachtet dessen, was wir von Putin halten oder nicht halten, sind wir der Meinung, dass seine Sicht der Weltordnung zur Kenntnis genommen werden muss. Wir bringen die Rede in Auszügen, in einer Übersetzung des Chartophylakeion-Blogs.

## Von Wladimir Putin

Es hat sich weltweit eine Menge an Widersprüchen angesammelt. Und man muss einander offen fragen, ob wir denn über ein verlässliches Sicherheitsnetz verfügen. Leider gibt es keinerlei Garantien dafür, dass das bestehende System der globalen und regionalen Sicherheit dazu in der Lage wäre, uns vor Erschütterungen zu bewahren. Dieses System ist ernsthaft geschwächt, gebrochen und deformiert worden. Eine schwierige Zeit durchleben internationale und regionale Institutionen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

Sicher, viele der Mechanismen, die der Weltordnung zugrunde liegen, sind vor schon ziemlich langer Zeit entstanden, einschliesslich – und vor allem – als Resultat des Zweiten Weltkriegs. Die Stabilität dieses Systems gründete übrigens nicht nur auf einer Kräftebalance, und das möchte ich auch unterstreichen, nicht nur auf dem Recht der Sieger, sondern auch darauf, dass die «Gründerväter» dieses Sicherheitssystems einander in Achtung begegneten, und nicht versucht haben, sich alles einzuverleiben, sondern miteinander geredet haben.

Das Wichtigste aber ist, dass dieses System sich weiterentwickelte und bei allen Abstrichen dabei behilflich war, die auftretenden Probleme der Welt wenn nicht zu lösen, so doch im Rahmen zu halten und die natürliche Konkurrenz der Staaten untereinander zu entschärfen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Mechanismus der gegenseitigen Kontrolle und der Gegengewichte, der in den vergangenen Jahrzehnten teils mühevoll aufgebaut werden konnte, nicht zerstört werden durfte, jedenfalls hätte man nichts zerstören dürfen, ohne an dessen Stelle etwas Neues aufzubauen, denn sonst gibt es tatsächlich kein anderes Mittel mehr als die rohe Gewalt. Es wäre angebracht, eine vernünftige Rekonstruktion zu unternehmen, das System der internationalen Beziehungen an die neuen Realitäten anzupassen. (...)

Der «Kalte Krieg» ist beendet. Aber er ist nicht mit einem «Friedens»abkommen und mit verständlichen, transparenten Verhandlungsergebnissen über die Achtung der bestehenden oder die Schaffung neuer Regeln und Standards beendet worden. Es ergibt sich der Eindruck, dass die sogenannten «Sieger» im Kalten Krieg daran gingen, aus der Situation alles herauszuholen und die ganze Welt nach ihrem Gusto, nach ihren Interessen neu zu formatieren. Und wo das bestehende System der internationalen Beziehungen, des internationalen Rechts und das System der gegenseitigen Kontrolle und Gegengewichte diesem Ziel im Weg stand, dort wurde dieses System sofort als nutzlos, veraltet und abschaffungsreif deklariert.

So benehmen sich aber – ich bitte um Verzeihung – Neureiche, die urplötzlich zu grossem Reichtum gekommen sind; in unserem Fall in Form der Weltvorherrschaft, der weltweiten Führungsrolle. Und anstelle dessen, dass sie diesen Reichtum intelligent und vorsichtig, und selbstverständlich auch zum eigenen Nutzen, einsetzen, haben sie, wie ich meine, eine ganze Menge zu Bruch gehen lassen.

Das Zeitalter der Doppellesarten und des Verschweigens hat in der Weltpolitik begonnen. Unter dem Druck eines Rechtsnihilismus hat das internationale Recht Schritt für Schritt seine Vorherrschaft zurückgefahren. Objektivität und Gerechtigkeit wurden der politischen Zweckmässigkeit geopfert. Rechtliche Normen wurden durch willkürliche Interpretationen und befangene Urteile ersetzt. Dabei gestattete es die totale Kontrolle über die globalen Massenmedien auf Wunsch Weiss für Schwarz, und Schwarz für Weiss auszugeben.



Wladimir Putin während seiner Rede in Sotschi. Foto kremlin.ru

Unter den Bedingungen der Dominanz einer Seite und ihrer Alliierten, oder anders gesagt, ihrer Satelliten, geriet die Suche nach globalen Lösungen oftmals zu einem Streben, die eigenen Lösungen als universell auszugeben. Die Ambitionen dieser Gruppe haben sich derart gesteigert, dass die in ihren Kreisen herausgearbeiteten Herangehensweisen als Meinung der gesamten Weltöffentlichkeit präsentiert wurden. Aber das ist nicht so.

## Botmässigkeit als Preis

Allein der Begriff «nationale Souveränität» ist für den Grossteil der Staaten zu einer relativen Grösse geworden. Im Grunde wurde die folgende Formel angeboten: je ausgeprägter die Loyalität zum einzigen Machtzentrum der Welt, desto höher die Legitimität der einen oder anderen Regierung. (...)

Die Mittel, mit denen man auf die Widerspenstigen einwirkte, sind gut bekannt und vielfach erprobt: das sind militärische Massnahmen, wirtschaftlicher und propagandistischer Druck, Einmischung in die inneren Angelegenheiten, Anrufung einer gewissen, «über dem Recht» stehenden Legitimität, wenn es darum geht, eine widerrechtliche Beilegung dieser oder jener Konflikte herbeizuführen, und die Beseitigung missliebiger Regierungen. In letzter Zeit gibt es Zeugnisse dafür, dass man gegen eine Reihe von Staatsoberhäuptern unverhohlene Erpressung eingesetzt hat. Es ist nicht von ungefähr, dass der sogenannte Big Brother Milliarden von Dollar dafür ausgibt, der ganzen Welt nachzustellen, und auch seine nächsten Verbündeten sind dabei Ziele.

Lassen Sie uns die Frage aufwerfen, inwieweit es für uns annehmbar, sicher und angenehm ist, in einer solchen Welt zu leben, inwieweit eine

solche Welt gerecht und vernünftig ist. Vielleicht haben wir gar keinen triftigen Grund, besorgt zu sein, zu streiten und unangenehme Fragen zu stellen? Vielleicht ist die Einzigartigkeit der Vereinigten Staaten, die Art, auf die sie ihre Führungsrolle ausüben, etwas für alle wirklich Gutes, und ihre allgegenwärtige Einmischung in alle Angelegenheiten dieser Welt bringt in Wirklichkeit Ruhe, Wohlergehen, Fortschritt, Gedeihen und Demokratie – und wir sollten uns einfach entspannen und es geniessen?

Ich erlaube mir zu sagen, dass es sich nicht so verhält. Es ist ganz und gar nicht so.

Das einseitige Diktat und das Aufzwingen der eigenen Schemata führt zu einem ganz gegenteiligen Resultat: anstelle einer Beilegung von Konflikten deren Eskalation; anstelle von souveränen, stabilen Staaten einen wachsenden Bereich des Chaos; anstelle von Demokratie die Unterstützung von höchst zweifelhaften Strömungen – von offenkundigen Neonazis bis hin zu islamistischen Radikalen.

Und aus welchem Grunde werden sie unterstützt? Weil sie im Verlauf einer Etappe auf dem Weg zum Erreichen eines Ziels ausgenutzt werden, dann verbrennen sie sich daran – und es wird zurückgerudert. Ich wundere mich in einem fort darüber, wie unsere Partner Mal ums Mal, wie man bei uns in Russland zu sagen pflegt, auf ein und dieselbe Harke treten, das heisst, immer wieder dieselben Fehler begehen. (...)

Im Verlauf der Gespräche mit Führungskräften der USA und Europas spreche ich ständig von der Notwendigkeit, gemeinsam gegen den Terrorismus als einer Herausforderung von weltweiter Bedeutung vorzugehen. Mit dieser Herausforderung kann man sich nicht abfinden, man kann sie nicht eingrenzen, oder Doppelstandards zur Anwendung bringen. Man erklärte sich mit uns einverstanden, aber es verging nicht viel Zeit, und alles kehrte wieder zum Alten zurück. Es folgte die Einmischung sowohl im Irak, als auch in Libyen, und dieses Land wurde dann an die Grenze des Zerfalls gebracht. Warum hat man es denn eigentlich dahin gebracht? Es steht auch jetzt noch an diesem Abgrund und ist ein Übungsplatz für Terroristen geworden. Allein dank dem Willen und der Umsicht der jetzigen ägyptischen Führung ist es gelungen, Chaos und extremistische Exzesse in diesem Schlüsselland der arabischen Welt zu vermeiden. In Syrien gingen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wie in guten alten Zeiten daran, Terrorbrigaden direkt mit Finanzen und Waffen zu versorgen, die Aufstockung ihrer Mannstärke durch Söldner aus verschiedenen Ländern zu begünstigen. Gestatten Sie die Frage, woher haben die Rebellen Geld, Waffen, Militärexperten? Woher kommt denn all das? Wie ist es zu erklären, dass diese berüchtigte, sogenannte ISIS, zu einer gewaltigen, de facto Armeegruppierung werden konnte? (...)

## Feindbilder wie zu Zeiten des Kalten Krieges

Wir sehen jetzt wieder Versuche, die Welt zu zerschlagen, Trennlinien zu ziehen, Koalitionen nicht für, sondern gegen beliebige Parteien zu bilden, und abermals ein Feindbild zu schaffen wie in Zeiten des «Kalten Krieges». und damit das Recht auf die Führungsrolle, oder wenn Sie so wollen, das Diktat zu erlangen. Wir verstehen und wissen ja bereits, wie die Lage im Zeitalter des «Kalten Krieges» interpretiert wurde. Den Verbündeten der Vereinigten Staaten wurde immer gesagt: «Wir haben einen ge-

meinsamen Feind, er ist schrecklich, es ist das Zentrum des Bösen; wir werden euch, unsere Verbündeten, vor ihm schützen, folglich haben wir das Recht, euch zu befehlen, eure politischen und wirtschaftlichen Interessen zu opfern, Ausgaben für die kollektive Verteidigung zu machen, aber befehligen werden diese Verteidigung natürlich wir». Kurz, heute gibt es das Bestreben, nun schon in der neuen, veränderten Welt die gewohnten Prinzipien einer globalen Beherrschung umzusetzen, und all das mit der Absicht, die eigene Ausserordentlichkeit zu gewährleisten und daraus politisches und wirtschaftliches Kapital zu schlagen.

Dabei divergieren solche Versuche nicht nur mehr und mehr mit der Realität und widersprechen der Vielfältigkeit der Welt. Solche Schritte werden unvermeidlich zu Gegenreaktionen führen und einen gerade entgegengesetzten Effekt hervorbringen. (...)

Bereits heute ist die Wahrscheinlichkeit einer ganzen Reihe an verschärften Konflikten mit wenn nicht direkter, so doch mittelbarer Beteiligung von Grossmächten enorm angestiegen. Dabei sind nicht nur die traditionellen Widersprüche von Staaten untereinander, sondern auch die innere Instabilität einzelner Staaten ein Risikofaktor, besonders, wenn es um solche Länder geht, die an den Nahtstellen geopolitischer Interessenssphären von Grossmächten oder entlang von kulturhistorischen und wirtschaftlichen Grenzen zivilisatorischer «Kontinente» liegen. (...)

Wir verfallen erneut in jene Zeit, als nicht ein Gleichgewicht von Interessen und gegenseitiger Garantien, sondern die Angst, ein Gleichgewicht der potentiellen gegenseitigen Vernichtung die Länder von direkten Konfrontationen abhält. Aufgrund des Fehlens von rechtlichen und politischen Instrumenten kehren die Waffen zentral auf die globale Tagesordnung zurück, sie werden überall und auf jede erdenkliche Weise eingesetzt, auch ohne Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Wenn jedoch der Sicherheitsrat es ablehnt, diese Art von Entscheidungen mit zu produzieren, dann wird er sogleich als veraltet und zu einem ineffizienten Instrument erklärt.

## Risikomanagement

Viele Staaten sehen keine andere Garantie für die Gewährleistung der eigenen Souveränität mehr, als die Anschaffung einer eigenen «Bombe». Das ist höchst gefährlich. Wir bestehen auf einer Fortführung der Gespräche, wir befürworten nicht einfach nur Gespräche, sondern wir bestehen auf einer Fortführung der Gespräche zur atomaren Abrüstung. Je weniger Atomwaffen es auf der Welt gibt, desto besser. Wir sind zu ernsthaften und gegenständlichen Gesprächen in Fragen der atomaren Abrüstung bereit, aber diese sollten schon wirklich ernsthaft sein – wie man sagt, ohne Doppelstandards. (...)

Der logische Weg wäre der einer Kooperation von Ländern und Gesellschaften und die Suche nach gemeinsamen Antworten auf vermehrt auftretende Fragen, ein gemeinsames Risikomanagement. Leider ist es so, dass einige unserer Partner sich erst dann daran erinnern, wenn das in ihrem Interesse liegt.

Die praktische Erfahrung zeigt, dass gemeinsame Antworten auf Herausforderungen erstens nicht immer ein Allheilmittel sind, das muss man natürlich anerkennen, und zweitens sind sie in der Mehrzahl der Fälle auch schwer zu erreichen, denn es ist viel zu schwierig, die Differenzen zwischen den jeweiligen nationalen Interessen, bei subjektiven Herangehensweisen zu überwinden, besonders, wenn es um Länder geht, die verschiedenen kulturhistorischen Traditionen angehören. Trotz alledem

haben wir Beispiele dafür, wie man, sofern man sich von gemeinsamen Zielen leiten lässt und auf der Grundlage von einheitlichen Kriterien arbeitet, gemeinsam greifbare Ergebnisse erzielt.

Ich möchte an die Lösung des Problems mit den syrischen Chemiewaffen erinnern, ebenso an den sachlichen Dialog zum iranischen Atomprogramm, und selbst unsere Arbeit mit Nordkorea hat auch einige positive Resultate. Warum sollten wir nicht diese ganzen Erfahrungen auch im weiteren Verlauf bei der Lösung sowohl lokaler, wie auch globaler Probleme nutzen? (...)

Ich möchte hinzufügen, dass die internationalen Beziehungen auf dem internationalen Recht beruhen müssen, in dessen Grundlage auch solche moralischen Prinzipien herrschen wie Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Wahrheit. Wahrscheinlich ist eine Achtung des Partners und seiner Interessen dabei das Wichtigste. Das liegt auf der Hand, man brauchte sich nur daran halten und die Weltlage würde sich von Grund auf ändern.

## Gleichberechtigung

Ich bin davon überzeugt, dass – gäbe es nur einen Willen dazu – wir in der Lage sind, die Effizienz internationaler und regionaler Institutionen wiederherzustellen. Hier ist es nicht einmal notwendig, etwas komplett neu, von null oder «auf der grünen Wiese» zu erschaffen, zumal die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Institutionen durchaus universell sind und mit moderneren Inhalten, die der jetzigen Lage entsprechen, gefüllt werden können.

Das betrifft auch die Vervollkommnung der Arbeit der UNO, deren zentrale Rolle unersetzlich bleibt, und die der OSZE, welche im Verlauf von 40 Jahren unter Beweis gestellt hat, dass man eines solchen Mechanismus zur Gewährleistung von Sicherheit und Zusammenarbeit im euroatlantischen Raum bedarf. Anzumerken ist, dass auch jetzt bei der Beilegung der Krise in der Südost-Ukraine die OSZE eine sehr positive Rolle spielt.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen im internationalen Bereich, dem Anwachsen von nicht zu steuernden, ganz verschiedenartigen Bedrohungen benötigen wir einen globalen Konsens der verantwortlichen Mächte. Die Rede ist nicht von irgendwelchen lokalen Abmachungen, auch nicht von einem Aufteilen von Interessenssphären im Sinne der klassischen Diplomatie, und auch nicht von irgend wessen Dominanz. Ich bin der Meinung, dass es einer neuen Version gegenseitiger Abhängigkeiten bedarf. (...) Aber um einen solchen Dialog in die Wege zu bringen, muss man davon ausgehen, dass alle regionalen Zentren und die sich um sie heranbildenden Integrationsprojekte die gleichen Rechte auf Entwicklung haben, auf dass sie einander ergänzen und niemand dazu in der Lage wäre, sie künstlich miteinander in Kollision und in Widerspruch zu bringen. Denn die Folge einer solchen destruktiven Linie wäre eine Zerstörung der Verbindungen unter den Staaten, und die Staaten selbst wären schweren Prüfungen ausgeliefert, bis hin zu ihrer vollständigen Zerstörung. (...)

Wir haben es geschafft, Regeln für die Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu erarbeiten, wir konnten uns auch in den 1970er Jahren in Helsinki einigen. Unsere gemeinsame Verpflichtung besteht nun darin, dass wir diese fundamentale Aufgabe auch in dieser neuen Etappe der Entwicklung meistern.

Quelle und Übersetzung: <http://www.chartophylakeion.de/blog>. Zwischentitel UW. Offizieller Text auf Russisch und Englisch: [kremlin.ru/news/46860](http://kremlin.ru/news/46860)

## Die Ukraine, Russland und der Westen

## Spiel mit dem Feuer

Grundlagen für eine realistische Analyse und Einschätzung des Ukraine-Konflikts schaffen als auch notwendige Argumentationen für die tagesaktuelle Auseinandersetzung bereitstellen möchte Peter Strutinsky im von ihm herausgegebenen Buch «Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen» (PapyRossa, Köln 2014). Das Versprechen wird eingelöst, meint Antoinette Mächtlinger und stellt die Textsammlung von 14 Autorinnen und Autoren vor.

## Von Antoinette Mächtlinger

## Die Entwicklung des Maidan

wird von Reinhard Lauterbach als Entwicklung «vom Hoffnungsort zur Räuberhöhle» dargestellt. Der Historiker betont den Gegensatz, dass in der West-Ukraine ein «extrem schöngeläufiges und illusionäres Bild» von Europa herrsche, während in der Ost-Ukraine (von wo etwa zwei Millionen Menschen nach Moskau oder St. Petersburg migrieren) ähnliche Wunschvorstellungen von Russland bestehen. Die erste Phase des Maidan-Aufstands gegen Oligarchen, Korruption und soziale Missstände nennt der Autor einen «zivilgesellschaftlich-idealistischen», um dann gleich einschränkend zu bemerken, dass schon am 26. November 2013 der «Rechte Sektor» gegründet wird und sofort mit paramilitärischen Schulungen beginnt. Den eigentlichen Anfang der «zweiten Phase des Maidan» datiert Lauterbach bereits auf Anfang Dezember mit der Übernahme des Protests durch die rechten Oppositionsparteien «Vaterland» (Timoschenko), «UDAR» (Klitschko) und «Swoboda» (Tjagnibok). Dadurch wächst die Zeltstadt (die mit ihren normierten Zelten und Stromgeneratoren keinesfalls spontan entstanden sei) und breitet sich über den mehrere Hektar grossen Unabhängigkeitsplatz und in Kiews Prachtstrasse hinein aus. Gleichzeitig werden öffentliche Gebäude besetzt. Ein weiteres Merkmal dieser zweiten Phase: Der Maidan wird international, mit Auftritten von Lech Valesa, Guido Westerwelle, Joe Biden, John Mc Cain. Zu «Nationalen Volksversammlungen» strömen bis zu 500.000 Teilnehmer. Am 19. Januar 2014 versuchen einige tausend Anhänger des «Rechten Sektors» das Regierungsviertel zu stürmen, es gibt die ersten Toten und Hunderte Verletzte. «Der Maidan» organisiert sein eigenes Rettungswesen und baut Barrikaden. Die Gewalt entlädt sich in den Tagen vom 18. bis 21. Februar, als militante Demonstranten die Zentrale der regierenden Partei der Regionen brandschatzen, wobei ein Hausmeister und zwei Funktionäre ums Leben kommen und die Polizei Schusswaffen einsetzt. Es sterben mehr als 60 Menschen. Die Herkunft der Geschosse bleibt umstritten; eine Untersuchung wird versprochen, aber nicht durchgeführt. Es gibt Hinweise darauf, dass die Geschosse aus Richtung des Hotels «Kiew» kamen, wo die Aufständischen seit Dezember ihr Pressezentrum eingerichtet haben. Am 21. Februar erobern Stosstruppen der Maidan-Militanten das Regierungsviertel, und Janukowitsch flieht. Seit dem Krieg im Donbass (auf den leider in der Textsammlung nicht weiter eingegangen wird) wird ein Grossteil der militanten Maidan-Kämpfer in der neugegründeten Nationalgarde absorbiert und «kann den inneroligarchischen Intrigen und Machtspielen in Kiew nicht praktisch gefährlich werden». Aber wenn der Krieg zu Ende ist, sagen die Kommandeure der Freiwilligenbataillone wie auch Dmiro Jarosch, der Chef des «Rechten Sektors», wollen sie «die Revolution zu Ende bringen».

## Akzeptables Modell?

Ist der Maidan ein akzeptables Modell? Diese Frage stellt die bekannte Sachbuch-Autorin Daniela Dahn. Die Verbündeten von USA, EU und NATO haben nie einen Zweifel daran gelassen. Die Autorin aber stellt die Frage, wie von diesen Regierungen reagiert würde, wenn ein «Maidan» in ihren eigenen Ländern stattfände. Sie untersucht dann das EU-Assoziierungsabkommen, dessen Nichtunterzeichnung Anlass zu den Aufständen war. Es hätte wichtige Teile der Regierungskompetenzen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstellt. Ein Beispiel von 2010 zeigt, dass der IWF 15 Milliarden Dollar Finanzhilfe aussetzte, weil das ukrainische Parlament ein Gesetz zur Anhebung von Mindestlöhnen und Renten verabschiedet hatte. Das neue Abkommen ist u.a. an der IWF-Forderung gescheitert, die Heizkosten nicht mehr zu subventionieren. Daniela Dahn fragt weiter: «Wie autonom sind gewählte Regierungen, das zu tun, was sie für richtig halten? Wo kommen wir hin, wenn eine aktive, gut finanzierte Minderheit bei Missbilligung (...) gleich zum Staatsstreich greift? Wenn von Wahlen als Grundlage politischer Macht abgegangen wird?» Und sie zitiert Klitschkos Antwort auf Noch-Präsident Janukowitschs Einladung zu einem Runden Tisch: «Kompromisse mit Halsabschneidern und Diktatoren kann es nicht geben.»

Eine weitere Recherche gilt dem Werdegang von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk. Schon 2008 schrieb er, gemeinsam mit der damaligen Ministerpräsidentin Timoschenko, einen Brief an die NATO mit der Bitte, die Ukraine aufzunehmen. Der Website seiner Stiftung «Open Ukraine» ist zu entnehmen, wer diese finanziell unterstützt: u.a. das US-Aussenministerium, die EU, die Konrad-Adenauer-Stiftung, das NATO Information and Documentation Centre.

## «Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland»

So titelt Willi Gerns, Redaktionsmitglied der Marxistischen Blätter, seinen Beitrag. Wir greifen nur die wichtigsten Themen heraus. Zum Beispiel die Deportation der Krimtataren: «ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der Krim». 180.000 bis 190.000 wurden 1944 deportiert, unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Okkupanten. 1991 traten die Gesetze «Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen» und «Über die Rehabilitierung der unterdrückten Völker» in Kraft. Die Rückkehr der Krimtataren fiel aber in die schwierige Zeit der Auflösung der Sowjetunion. Die Spannungen wurden verstärkt durch «eine stürmische Neubelebung der Orthodoxie», die wiederum die massive finanzielle und ideelle Unterstützung der muslimischen Tataren aus islamischen Staaten zur Folge hatte. Nach dem Anschluss der Krim an Russland unterzeichnete Präsident Putin ein Dekret zur vollständigen Rehabilitierung der Krimtataren. Unser Autor beendet das Kapitel mit dem Satz: »Es ist zu hoffen, dass sich die russische Führung (...) nicht von ihrem Kurs der vollständigen Rehabilitierung der Krimtataren und notwendiger Massnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation für alle Nationalitäten abbringen lässt.»

Wenden wir uns den Autonome-rechten der Krim zu. Nach sechs-

jährigen Auseinandersetzungen zwischen Ukraine und Krim einigen sich im Oktober 1998 beide Seiten auf eine Verfassung, die der Autonomen Republik Krim (ARK) das Recht auf ein eigenes Staatswappen, einen Präsidenten, eine Regierung, die Verfügung über die Steuereinnahmen einräumt und die Akzeptanz der russischen Sprache in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens garantiert.

Mit dem Machtantritt von Juschtschenko und Timoschenko (2005) nach der Orangen Revolution tritt in der ganzen Ukraine eine Wende ein. Nicht nur ersucht die Regierung in einem Brief um Aufnahme in den Aktionsplan für die Nato-Mitgliedschaft, es werden auch auf der Krim verfassungswidrige Nato-Manöver abgehalten, die heftige Protestaktionen der Bevölkerung auslösen. In Kiew fällt innerhalb von vier Jahren die Zahl der russischsprachigen Schulen von 200 auf sechs. Nach dem Wahlsieg Janukowitschs (2010) wird nach einem neuen Gesetz von 2012 Russisch als zweite Amtssprache für 13 der 27 Regionen anerkannt. Dieses Gesetz ist eines der ersten, das im Februar 2014 vom neu ernannten Präsidenten Poroschenko abgeschafft wird. Die Krim trifft es besonders hart, denn von deren 2,2 Mio. Einwohnern sind, neben 350.000 Ukrainern und 300.000 Krimtataren, 1,5 Mio. Russen.

Im letzten Kapitel befasst der Autor sich mit den Sicherheitsinteressen Russlands auf der Krim. Sewastopol, seit der Zarenzeit Stützpunkt der Schwarzmeerflotte, wird nach der Auflösung der Sowjetunion zum Zankapfel zwischen Russland und der Ukraine. Ein Freundschaftsvertrag von 1997 garantiert Russland die Pacht eines Teils des Militärfahns bis 2017; die Laufzeit wird 2010 durch Medwedjew und Janukowitsch bis 2042 verlängert, im Gegenzug zu einem Rabatt auf russische Erdgaslieferungen. Seit dem Putsch – wie der Autor den Umsturz vom Februar 2014 konsequent nennt – besteht Gefahr, dass der Vertrag von der NATO-freundlichen Regierung gebrochen wird.

Der Autor äussert zwar auch seine Bedenken gegenüber den «hurrapatriotischen» Tönen in Russland, die nach der Rückeroberung der Krim zu hören waren und die «brandgefährlich» sein können, aber er gesteht Russland das Recht zu, seinen «alternativen» Stützpunkt zu verteidigen. So zitiert er das Handelsblatt: «Jeder Realpolitiker weiss, dass Putin die Krim nicht aus seiner Einflussphäre entlassen kann. Wenn er es zuliesse, wäre er ein Präsident auf Abruf. Und nach Putin käme nicht die lupenreine Demokratie, sondern Anarchie im Ausgehrock des Militärs.»

## Die Krimkrise und das Völkerrecht

Autor dieses Beitrags ist der Verfassungs- und Völkerrechtler Norman Paech. Wir erinnern kurz an die Reihenfolge der Ereignisse: Am 2. März 2014 übernehmen russische Truppen die Kontrolle über die Krim – ein Rechtsverstoss. Am 6. März erklärt die autonome Regionalregierung den Beitritt zur Russischen Föderation, was am sechzehnten eine Mehrheit von 96,7% in einem Referendum bestätigt, wobei die krimtatarische Bevölkerung die Abstimmung boykottiert. Das Verhalten Russlands wird von der UN-Generalversammlung mit 100 zu 11 Stimmen (bei 58 Enthaltungen) gerügt, das Referendum als völkerrechtswidrig und ungültig bezeichnet. Aufschlussreich ist die Abhandlung Norman Paechs über das Selbstbestimmungsrecht zwischen Sezession und «uti possidetis» (Grundsatz der stabilen politischen Grenzen), mit vielen Beispielen von Tschetschenien über Kosovo nach Katalanien. Er kommt zum Schluss, dass Unabhängigkeitserklärung und

Referendum der Krim auf jeden Fall verfassungswidrig seien, da sie der territorialen Integrität widersprechen. Zu den zahlreichen Sezessionsbestrebungen in der Welt sagt er wärend, mit ihnen würde eine Büchse der Pandora geöffnet werden. «Doch wem gehört nun die Krim?» fragt der Autor zum Schluss, und antwortet: «Juristisch ist sie immer noch Teil der Ukraine, faktisch aber Teil der Russischen Föderation. Dort wird sie auch bleiben, denn weder will die Mehrheit der Bevölkerung zurück in die Ukraine, noch wird Putin sie im Gedenken an seinen Vorgänger Chruschtschow noch einmal der Ukraine schenken. Das wird für eine gewisse Zeit schwierige diplomatische und juristische Verwicklungen mit sich bringen, denn die ukrainische Regierung wird diesen Zustand nicht akzeptieren. (...) Die Zeit wird allerdings das bewirken, was die «normative Kraft des Faktischen» genannt wird – und die wird hoffentlich nicht allzu lange dauern.»

## Ukraine-Faschisten als Teil der Machtausübung

Ulrich Schneider ist Autor von Werken zu Faschismus, Widerstand und Neofaschismus. Er untersucht die historischen Wurzeln der extremen Rechten. Ukrainische Nationalisten kämpfen schon in der Oktoberrevolution 1918 an der Seite der «Weissen» gegen die Bolschewiken. 1929 wird in Wien die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gegründet, als deren Führer sich Stepan Bandera hervortut. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht 1941 werden die Nationalisten zu Kollaborateuren im Kampf gegen ihre drei Hauptfeinde: die polnische Minderheit, die Juden und die Bolschewiken. Die Gräueltaten der Freiwilligen von Organisationen wie Waffen-SS «Galizien», Bataillon «Nachtigall», «UPA» (Ukrainische Aufstandsarmee) sind unbeschreiblich.

Fortsetzung Seite 6

## Impressionen vom Weltfriedenstag 2014

## Dichtes Interesse



Rainer Rupp (links) und Daniele Ganser als Gäste der SFB-Veranstaltung zum Weltfriedenstag 2014 sprengten die Platzkapazitäten des Basler Zunftsaaes zum Schmiedenhof: Ihre Vorträge zum Thema «(K)alter Krieg?» und die anschließende Diskussion zur Ukraine, Syrien und die ISIS unter der Moderation von Marie Tanner füllten auch Gänge und Treppenhaus mit aufmerksamen und begeisterten Teilnehmern. (Fotos: Goldschmidt/Schwander)



Fortsetzung von Seite 5

Der 1991 neu gegründete Staat Ukraine generiert eine Geschichtserzählung. Zwei Themen der historischen Mythenbildung werden hervorgehoben: die Darstellung der Hungersnot von 1932/33 als absichtlich herbeigeführter Genozid, und der Kult um OUN und UPA und ihre Führer wie Stepan Bandera. Hauptvertreter dieser ideologischen Linie finden sich in der Partei «Swoboda», die erst 2004 diesen Namen angenommen hat und hauptsächlich in der Westukraine starke Unterstützung findet. Zu Ehren Banderas werden über zwei Dutzend Denkmäler errichtet, und bei der Fussball-Europameisterschaft 2012 werden in den Stadien faschistische Symbole zur Schau gestellt.

Auf dem Maidan 2014 verdrängen Oleg Tjagnibok von «Swoboda» und Dmitro Jarosch von deren militärischem Arm «Pravi Sektor» immer mehr die ursprünglichen Aktivisten. Die bewaffneten Schlägertrupps des «Pravi Sektor» hindern im März 2014 zahlreiche Abgeordnete am Betreten des Parlaments, wodurch die Einsetzung der Übergangsregierung erleichtert wird. In dieser sitzen vier Swoboda-Mitglieder und drei Vertreter anderer extrem rechter Organisationen. (Anmerkung der Rezensentin: In den Parlamentswahlen vom Oktober 2014 haben die Kandidaten rechtsextremer Observanz sich auf andere Parteien verteilt, sind aber nicht verschwunden.) Ulrich Schneider weist auf eine neue Gefahr hin: «Ein wichtiger Machtfaktor ist die Legalisierung des rechten Terrors durch die Schaffung einer «Nationalgarde», deren harter Kern von Pravi-Sektor-Leuten gebildet wird. Auf ihr Konto geht auch der Überfall vom 2. Mai 2014 in Odessa, bei dem ein Gewerkschaftshaus in Brand gesetzt und die Fliehenden am Verlassen des Gebäudes gehindert wurden. Mehr als 40 Menschen kamen ums Leben, die ukrainische Polizei griff nicht ein, die versprochene Untersuchung blieb aus. Zum Thema Finanzierung des Pravi Sektor wird als Beispiel der Oligarch Igor Kolomojtski erwähnt, der als Gouverneur im Oblast Dnipropetrowsk eine eigene Miliz unterhält. In diese Stadt nahe am Donbass hat im April 2014 der Pravi Sektor seine Kommandozentrale verlegt. Der Autor erwähnt auch die gemeinsamen Auftritte mit ausländischen Regierungsvertretern und kommt zum Schluss, dass der Maidan ein Lehrstück sei, «wie faschistische Gruppierungen innert kürzester Zeit zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor werden können».

#### Häufig gestellte Fragen

Der Autor dieses Beitrags, Kai Ehlers, wird vorgestellt als «unabhängiger Forscher im Transformationsraum der ehemaligen Sowjetunion».

• Warum gerade die Ukraine? Hier verweist Ehlers auf die Bücher des US-Ideologen Brzezinski, der die Ukraine als «Filetstück» für denjenigen bezeichnet, der die Herrschaft über Russland und via Eurasien über den Globus erreichen oder behalten wolle.

• Warum die fatalen Folgen des Assoziierungsvertrags? Der Autor benennt die Atlantische Strategie ab 1991: Ost-Erweiterung der NATO und der EU, bunte Revolutionen, den Versuch 2008 von USA/EU, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Nach dem Georgien-Krieg 2008 wendet sich das Blatt, und Russland gründet mit Kasachstan und Weissrussland eine Zollunion, der auch die Ukraine beitreten soll (Eurasische Union). Janukowitsch entscheidet sich gegen das EU-Abkommen, das mit harten IWF-Bedingungen verbunden ist. Für die EU gibt es nur ein Entweder-Oder; sie baut systematisch die führenden Figuren der ukrainischen Opposition auf, wie etwa Vitali Klitschko auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014.

• Ist der Maidan eine fortschrittliche Bewegung? Ja und nein, meint der Autor. Ja: Sie richtet sich ursprünglich gegen «die Willkür des oligarchischen Privatkapitalismus» und dessen katastrophale Auswirkungen auf die soziale Lage der Bevölkerung. Nein: Aus dem «Schatten des antisowjetischen Traumas» und «tiefen antirussischen Ressentiments» verwandelt sich die soziale in eine nationale Revolution, die in Petro Poroschenko wiederum einen Oligarchen auf die politische Bühne spült. Und auch der «Anti-Maidan», die «pro-russische Seite», bringt ihrerseits gewaltbereite Aktivisten hervor.

Der Autor stellt weiter die Frage, ob die Bezeichnung «faschistisch» auf die neue Regierung zutrefte, und untersucht minutiös alle möglichen Argumente. Weitere Überlegungen stellt er an zur Frage, ob die Krim völkerrechtswidrig annektiert wurde.

- Will Putin weitere Teile der Ukraine annektieren? Hier kommt Kai Ehlers zum Schluss, dass eine Föderalisierung der Ukraine für Russland die beste Lösung wäre. Zitat: «Russlands Grundhaltung ist, allen Behauptungen der westlichen Propaganda zum Trotz, in ihrer Grundlinie defensiv.»

- Welchen Sinn hat die Kampagne gegen Wladimir Putin? Während Europa an einem starken Handelspartner Russland interessiert sei, sei nach der aktuellen geostrategischen Perspektive der USA, wie Kerry sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz skizziert habe, Russland «der zentrale Gegner, den es zu schwächen gilt, um ihn als Juniorpartner in ein zu erneuerndes atlantisches Bündnis gegen Asiaten und den Rest der Welt einbinden zu können.»



Peter Strutyński (Hg.): *Ein Spiel mit dem Feuer Die Ukraine, Russland und der Westen* PapyRossa: Köln 2014 (Neue Kleine Bibliothek 201), 213 Seiten, 12,90 EUR; ISBN 978-3-89438-556-9. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

- Wäre die Föderalisierung der Ukraine ein möglicher Ausweg? Die Antwort ist eindeutig: Die Vieltätigkeit der Ukraine «fordert eine pragmatische, kooperative, plurale Gliederung relativ eigenständiger Regionen in einem verlässlich föderalen Verbund geradezu heraus, der als Gesamtheit eine neutrale Stellung zwischen den Integrationsräumen einnimmt.»

#### Die Welt, Europa und Deutschland

Der Politologe Erhard Crome, der vor und nach der Wende an der Universität Potsdam lehrte, holt weit aus zu einem interessanten geopolitischen Überblick. Wir beschränken uns auf einige Schwerpunkte zur Ukraine. Anhand von konkreten Zahlen belegt Crome seine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Ukraine, die nicht in der Lage sei, dem Wettbewerbsdruck der EU standzuhalten: «Die Wirtschaft ist zum Westen hin in keiner Weise konkurrenzfähig, die Abhängigkeiten von Russland sind auch längerfristig nicht durch den Westen abzulösen.» Er beschuldigt gar die EU-Politiker, sie hätten wider besseres Wissen der ukrainischen Bevölkerung Unmögliches versprochen. Auch die Macht der Oligarchen wird mit Zahlen belegt. Der reichste, Rinat Achmetow, verfügte 2011 über 16 Milliarden US-Dollar, etwa 10% des ukrainischen BIP. Cromes Schlussfolgerung zur allgemeinen Lage: «Eine Betrachtung der langfristigen Interessen der beteiligten Mächte führt zu dem Ergebnis, dass es im deutschen und EU-Interesse wie im russischen Interesse liegt, dass die Ukraine sich stabilisiert und zur Ruhe kommt.(...) Dagegen dürfte es im US-amerikanischen Interesse liegen, den Konflikt nicht zur Ruhe kommen zu lassen, weil dann sowohl die EU als auch Russland damit beschäftigt sind, während die USA den Konflikt nach Belieben anheizen können.»

#### Expansion durch Assoziierung

Der Untertitel lautet: «Die Ukraine und Europas neoliberal-imperiale Erweiterungsstrategie auf dem Weg zur Weltmacht.» Der Autor, Jürgen Wagner, ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisation (IMI). Schritt für Schritt verfolgt er die Erweiterungspläne und Abkommen der EU, die «der grösste und reichste Binnenmarkt der Welt» sei. Nach seiner Beobachtung «machen sich die EU-Grossmächte daran, «den neuen Mitgliedern dauerhaft den Platz am politischen Katzentisch der Union zuzuweisen.» Die Ukraine wird zum erstenmal erwähnt im Kommissionspapier «Grösseres Europa» vom März

2003, das die neue Nachbarschaftspolitik absteckt. Diese erstreckt sich heute auf 16 Staaten südlich und östlich der EU. Ein Instrument der Nachbarschaftspolitik ist der Assoziierungsvertrag, der im Fall der Ukraine im März 2012 unterschriftsreif vorliegt. Er besteht aus einem Hauptteil (ca.180 Seiten) und Anhängen und Protokollen (ca.2000 Seiten). Einzelne Bestimmungen des Vertrags bezeichnet der Autor als «unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten hochproblematisch» und nennt vier Punkte: - Errichtung einer Freihandelszone innerhalb von 10 Jahren, - Abschaffung von Zöllen zum Schutz der heimischen Wirtschaft, - Einführung europäischer Produktions- und Zertifizierungsmassnahmen, - Verbot von Kapitalverkehrskontrollen. Ein weiteres Problem sieht Wagner in den «für ein Assoziierungsabkommen eher ungewöhnlichen Passagen zum Ausbau der Militärkooperation», wo es heisst: «Die Vertragsparteien intensivieren ihren Dialog und ihre Zusammenarbeit und fördern die schrittweise Annäherung im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik, einschliesslich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).»

#### Deutsche Ostpolitik

Jörg Kronauer, Redakteur des Nachrichtenportals german-foreign-policy.com, betrachtet die Ukraine aus der Perspektive deutscher Politik, findet dabei aber Fakten, welche für die allgemeine Entwicklung entscheidend waren. Zum Beispiel lud schon im Januar 2011 die Konrad-Adenauer-Stiftung Vitali Klitschko mit einer mehrköpfigen Delegation seiner Partei UDAR nach Berlin zu Gesprächen mit Mitarbeitern des Kanzleramts ein. Die selbe Stiftung organisierte am 24.2.2012 ein Treffen des US-Democratic- und des Republican-Institute mit den Kiewer Oppositionsparteien, einschliesslich des Swoboda-Vorsitzenden Tjagnibok. Auch zum EU-Gipfel im November 2013 waren Klitschko, Jazenjuk und Tjagnibok geladen. Noch davor, im Mai 2013, fand sich eine Swoboda-Delegation zu Gesprächen mit der sächsischen NPD-Landtagsfraktion in Dresden ein. «Den Vogel abgeschossen» hat der deutsche Aussenminister Steinmeier, als er am 20.2.2014 gemeinsam mit Tjagnibok in der deutschen Botschaft in Kiew vor Pressefotografen posierte.

#### «Russland will den Dritten Weltkrieg»

Das verkündete Jazenjuk am 25. März 2014. Mit dem Zitat leitet Lühr Henken seine Betrachtungen zu Fragen der Auf-oder Abrüstung ein. Lühr Henken vom «Friedensratschlag» ist Experte in sicherheitspolitischen Fragen. «Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.» Das beschlossen 34 Staats- und Regierungschefs aus West und Ost in der «Charta von Paris für ein neues Europa» im November 1990. Daraus erwuchs der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der 2011 aufgekündigt wurde. Ebenso kündigte die Bush-Regierung 2001 den ABM-Vertrag, um strategische Raketenabwehrsysteme errichten zu können.

Zum Problem Ukraine wird wiederum von Brzezinskis Buch «Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft» (1997) zitiert: Für Russland bedeute «der Abfall der Ukraine einen zentralen Verlust, denn er beschneidet Russlands geopolitische Optionen drastisch.» Dass die NATO auf Grund der Ukraine-Krise eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt, zeigt Henken anhand von SIPRI-Zahlen und Plänen zu Manövern (die in-

zwischen stattgefunden haben). Sein Fazit: «Während es in allen zivilen, wirtschaftlichen und handelsrechtlichen Bezügen vertragliche Übereinkünfte gibt, die justitiabel sind, sind der Rüstung (...) keine Grenzen gesetzt. Die gefährliche Krise um die Ukraine ist in der Tat ein Weckruf, ein Weckruf zu Verhandlungen und Abrüstung!»

#### Ukraine und die Medien

Arno Klönne und Eckart Spoo sind Herausgeber der Zeitschrift «Ossietyky». Klönne untersucht ein aktuelles Muster von Regime Change: «Zunehmender Beliebtheit erfreut sich inzwischen die externe Betreuung umstürzlerischer Aktivitäten in revolutionärem Gewande, sie kann systemsprengend wirken im Inneren eines Landes, dessen Schicksal externen Machtinteressen unterworfen werden soll.» Eckart Spoo befasst sich mit neuen Begriffen wie «pro-russisch» und «Putin-Versteher». («Wer von uns verlangt, die andere Seite gar nicht erst verstehen zu wollen, gibt damit zu erkennen, dass er keinen friedlichen Interessenausgleich wünscht.») Es werden viele Beispiele aus deutschen Medien zitiert, die einem von der Schweizerpresse her sehr bekannt vorkommen. Das Gewerkschaftshaus von Odessa ist «in Brand geraten» und «der Fall noch nicht geklärt». Auf Kritik an der ARD-Tagesschau antwortet Chefredakteur Gniffke, die Diktion stimme mit dem «Wording» der Nachrichtenagenturen und der Qualitätszeitungen überein. Unser Autor meint: »Umso dringender ist gemeinsames Nachdenken darüber, ob denn unter der publizistischen Herrschaft der Medienkonzerne Frieden und Demokratie überhaupt gedeihen können.» Und: «Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien.»

Uli Gellermann, Herausgeber der RATIONALGALERIE, reitet eine scharfe Attacke gegen ARD- und ZDF-Journalisten. Anstatt zu recherchieren schreiben sie ab, was ihnen vorgesetzt wird. Aus den vielen Zitaten sei hier das einer Berichterstatlerin nach dem Verbrechen von Odessa herausgepickt. Anstatt nach den Tätern zu fragen, schreibt sie: «Was in diesen Monaten in der Ukraine passiert, ist für uns vielleicht auch deshalb so unfassbar, weil die Macht des Irrationalen wächst.» Uli Gellermann gibt sich aber nicht geschlagen: «Es gibt Gegenwehr gegen die Nicht- und Des-Information von ARD und ZDF. Sie fand und findet wesentlich in den Foren, den Kommentarmöglichkeiten der Anstalten auf ihrer Web-Präsenz statt.»

Den Schlusspunkt setzt die freie Journalistin Susann Witt-Stahl. Sie untersucht «die ideologische Verformung und Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffs». Zitat: «Die neoliberalen Ideologen haben offensichtlich erreicht, was ganz weit oben auf ihrer Agenda stand: Sie haben in weiten Teilen die Definitionsmacht über den Antifaschismus ergriffen, seine kapitalismuskritischen Wurzeln gekappt und ihn neutralisiert.» Zu denken geben der Autorin jene Linken und Grünen, welche die vorgegebene Definition unkritisch übernehmen. Als Beispiel diene folgendes Zitat aus einer Veröffentlichung der Heinrich-Böll-Stiftung: «(Es) finden sich bei Putin schon (...) einzelne Ideen und Praktiken, die an die Politik des Dritten Reiches erinnern, - so etwa die Annexion der Krim, die an Hitlers Anschluss des Sudetenlandes erinnert.» Die Begriffsverwirrung erreicht ihren Höhepunkt, wenn die Osteuropa-Sprecherin der Grünen im Deutschlandfunk behauptet, «Swoboda» könne nicht rechtsradikal sein, denn sie fordere ja den Beitritt der Ukraine zur EU.

Schlusswort der Rezensentin: *Tut mir leid, kürzer ging's nicht...!*

## Talon zum Mitbewegen

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ Mail (fak.): \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)

Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluwin.ch



Ein Spezialist des kubanischen Instituts für Tropenmedizin «Pedro Kouri» (IPK) erläutert den Aufbau eines Feldspitals, in welchem kubanische und ausländische Fachkräfte auf ihre Einsätze gegen Ebola vorbereitet werden. Foto Yaimí Ravelo/Granma

**Bringt Ebola (noch) zu wenig Profit?**

**« Vernachlässigbare » Krankheit**

Der Ebola-Virus ist seit 40 Jahren bekannt. Trotzdem wurde nie ein Serum oder Heilmittel auf den Markt gebracht. Solange die Krankheit nur Arme befällt, ist kein pharmazeutisches Unternehmen an einem Medikament gegen Ebola interessiert.

Von Tim Joye, Lien Mertens und Jakob Christaens

Die Ebola-Epidemie, die aktuell in Westafrika wütet, ist die schlimmste Epidemie, die Afrika je gesehen hat. Am 26. September zählt man bereits 6 263 Infizierte, von denen 2 917 gestorben sind. Aber die Folgen sind weittragender. Sämtliche Gesundheitssysteme in den betreffenden Ländern sind zusammengebrochen. Ärzte und Pflegepersonal sind aus Angst vor Ansteckung geflohen: Denn es gibt nicht ausreichend Hilfsmittel sich zu schützen. So konnte man in den letzten Monaten einen Anstieg anderer Krankheiten wie zum Beispiel Malaria feststellen. Was ist also dieser Virus, der so viele Tote verursacht und warum gelingt es nicht, die Epidemie unter Kontrolle zu bringen?

**Krankheit der Armut**

Die ansteckenden Krankheiten wie Ebola werden «Krankheiten der Armut» genannt: Sie brechen grundsätzlich in den armen Ländern, Regionen oder Bevölkerungsgruppen aus. Es ist kein Zufall, wenn die aktuelle Ebola-Epidemie genau in drei der ärmsten Länder der Welt ausbricht. Liberia, Guinea und Sierra Leone stehen an Position 175, 179 und 183 auf der Liste von 187 Ländern des Entwicklungsindex der UN. Mehrere Faktoren machen diese Länder eher anfällig.

Als erstes ist anzuführen, dass allgemein die Bevölkerung in Westafrika weniger widerstandsfähig gegen Krankheitskeime ist. Denn die Men-

schen leiden an Unterernährung, was ihr Immunsystem schwächt. Dann wird die Verbreitung durch den Mangel an sauberem Wasser und dem wenig hygienischen Alltagsleben begünstigt. Und schliesslich ist das Gesundheitssystem äusserst unterentwickelt. Aber das ist der Schlüssel in der Behandlung dieser Seuche. Die wirksamste Strategie, um die aktuelle Ebola-Epidemie auszulöschen, ist die Identifikation der infizierten Personen, damit sie isoliert und geheilt werden können, gefolgt von der Suche und Untersuchung der Kontaktpersonen, um die Übertragungskette zu unterbrechen. In dieser Weise wurde das frühere Auftreten von Ebola bekämpft. Es handelt sich also, wenn man so will, um einfache Massnahmen, aber die eine perfekte Koordination verlangen. Ausschlaggebend ist hier die Infrastruktur der Notfall-Medizin.

Mit anderen Worten, den westafrikanischen Ländern fehlen die Mittel. Die Mittel, aber auch Personal. «Ärzte ohne Grenzen» war die erste Organisation, die die Alarmglocken läutete. Schon am 24. Juni rief sie Alarm: die Epidemie war ausser Kontrolle und das medizinische Personal vor Ort an den Grenzen seiner Möglichkeiten. Sie rief auf zu einer massiven Mobilisierung von Hilfsmitteln und Personal in der Region.

Aber die Stille blieb «ohrenbetäubend». Erst am 31. Juli reagierte die Weltgesundheitsorganisation WHO. Der Westen gab widerwillig Finanzmittel frei, aber diese waren nicht ausreichend. Am 28. August sandte die WHO und ihre Generaldirektorin Margaret Chan einen neuen Appell um Hilfe aus: «Geld und Hilfsmaterial sind wichtig, aber das allein wird nicht die Ebola-Epidemie stoppen.»

Das einzige Land, das sofort reagierte, war Kuba. Eine herzerwärmende Neuigkeit – ganz so wie anlässlich der Überschwemmungen in Pakistan oder nach dem Erdbeben in Haiti – das kleine Land der Dritten Welt zeigte, was eine solidarische Gesellschaft machen kann. 165 Personen an medizinischem Personal werden für ein halbes Jahr nach Sierra Leone gehen, um an der Basis die staatlichen Bemühungen zu unterstützen – was vor Ort die Zahl an ausländischem

medizinischen Personal verdoppelt. Margaret Chan hatte den Kubanern gedankt und ihr Engagement gewürdigt: «Kuba ist weltweit bekannt dafür, exzellente Ärzte und Pfleger auszubilden wie auch für seine Grosszügigkeit, anderen Entwicklungsländern zu helfen.»

**Von Forschung unbeachtet**

Amit Sengupta von der internationalen Hilfsorganisation «People's Health Movement» hat aus der Nähe die Ereignisse verfolgt. «Die Probleme liegen nicht in der Pathologie der Krankheit, sondern in der Pathologie unserer Gesellschaft und der Architektur der globalen Politik und Wirtschaft», erklärte er. Wie zum Beispiel das Desinteresse der pharmazeutischen Forschung, das er anführt. «Wir kennen den Ebola-Virus schon seit 40 Jahren. Trotzdem wurde nie ein Serum oder Heilmittel auf den Markt gebracht. Kein pharmazeutisches Unternehmen ist an einem Medikament gegen eine Krankheit interessiert, die nur Arme bekommen.» Ein einziges Medikament gegen Ebola wurde in den letzten Jahren entwickelt, das berühmte ZMapp, die ganze Zeit im Versuchsstadium.

Denn Ebola gehört zu den Krankheiten, die man als «zu vernachlässigen» etikettiert. Wie Malaria, Tuberkulose, Kala Azar, die Chagas-Krankheit und noch andere. Diese Krankheiten blieben von der Forschung unbeachtet, weil sie nicht versprachen, den Durst der multinationalen Pharmaindustrie auf Profit zu löschen. Die Frauenärztin Marleen Temmerman, Leiterin der Abteilung Geburtshilfe und Forschung der WHO, die jahrelang in Afrika arbeitete, reagierte Ende Juli in der Zeitung «De Morgen»: «Man muss noch mehr Aufmerksamkeit auf diese vernachlässigbaren Krankheiten verwenden, die Afrika heimsuchen. Und das nicht erst, wenn sie den Höhepunkt erreichen. Aktuell gewährt der Westen Ebola grosse Aufmerksamkeit, weil die Krankheit durch die Globalisierung auch zu uns kommen kann. Und wenn in zwei Jahren ein neues Virus ausbricht, wird es erneut diese Panikreaktion geben. Man wird sich um die Probleme kümmern müssen.»

**Verantwortung**

Die Langsamkeit der Reaktion der WHO ist auch ein Symptom für eines der grössten Probleme. Die berühmte Medizinzeitschrift «The Lancet» gibt dazu den Mitgliedstaaten die Verantwortung, die die WHO finanzieren.

In den letzten Jahren haben sie das Budget der WHO reduziert. Mit der Folge, dass die letzten zwei Jahre das Budget für Krisen und Epidemien auf die Hälfte vermindert war, von 469 Millionen Dollar in den Jahren 2013–2014 auf 228 Millionen Dollar 2014–2015. Die Ebola-Krise demonstriert, was geschieht, wenn die öffentliche Gesundheit für den Staat nicht mehr Priorität besitzt.

Die Verantwortlichkeit des Westens kann nicht genug unterstrichen werden: für die Reduzierung der Beitragszahlungen an die WHO, für die mangelnden Investitionen der Pharmaforschung, für das Nichtbeachten der Hilferufe der Ärzte ohne Grenzen, der WHO und der betroffenen Länder. Aber vor allem: für die jahrhundertelange Geschichte der Ausbeutung, des Kolonialismus und Neokolonialismus. Ohne die ökonomische Zwangslage der Verschuldung und der ungleichen Handelsbeziehungen könnten sich diese Länder seit langem entwickeln.

**Eine neue Krankheit?**

Ebola ist keine neue Krankheit. Sie wurde zum ersten Mal 1976 im Sudan und in der heutigen Demokratischen Republik Kongo registriert. Die Infektion trat in Kongo nahe dem Fluss Ebola auf, der dem Virus den Namen gab. Seit 1976 wurden 24 Infektionsherde registriert. Ebola beginnt typischerweise durch ein abruptes Ansteigen des Fiebers, Schüttelfrost und allgemeines Unwohlsein. Andere Anzeichen und Symptome sind ein Gefühl der Schwäche, Verminderung des Appetits und starke Kopfschmerzen. Der Ausbruch der Krankheit ist spektakulär mit einem raschen Fortschritt der Infektion bis zum Absterben von Zellen und Symptomen wie innere und äussere Blutungen, Übeln und Durchfall. Die Sterblichkeitsziffer ist hoch, zwischen 50 und 90 Prozent.

(aus «Solidaire», Zeitung der Partei der Arbeit Belgiens. Übersetzung: UZ/G. Hallermayer; von der Red. gekürzt)



**ALBA und Ebola**

Bei einem Sondergipfel der Regierungschefs des Staatenbündnisses Bolivarische Allianz für Amerika (ALBA) in Kubas Hauptstadt Havana haben die Teilnehmer einen gemeinsamen Plan zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie ausgearbeitet.

«Ich bin davon überzeugt, dass diese Bedrohung, wenn sie nicht mittels einer sofortigen internationalen Antwort in Westafrika gestoppt wird, zu einer der schwersten Pandemien in der menschlichen Geschichte werden könnte», sagte Kubas Präsident Raúl Castro auf dem Gipfel. Er bekräftigte den Willen zur Zusammenarbeit seines Landes in der Sache mit allen Ländern, inklusive der USA, die bis heute eine Blockade aus Zeiten des Kalten Krieges gegen die sozialistische Insel aufrecht erhalten.

Die Delegierten, darunter Gesundheitsminister und -Experten, kritisierten die bisherigen Reaktionen der Weltgemeinschaft als ungenügend und erarbeiteten einen eigenen Aktionsplan, der neben der Bekämpfung der Epidemie vor Ort auch Präventionsmassnahmen vorsieht. Bisher blieben Lateinamerika und die Karibik von der gefährlichen Infektionskrankheit verschont.

Der Vertreter der Vereinten Nationen auf der Tagung, David Navarro, hob derweil Kubas Engagement in dem Krisengebiet hervor, das er als «Zeichen von Solidarität und Brüderlichkeit der ersten Güte» bezeichnete.

Bei dem Treffen waren unter anderem die Präsidenten von Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Haiti anwesend. Andere ALBA-Mitglieder sowie UNO und Weltgesundheitsorganisation (WHO) schickten offizielle Vertreter. (Quelle amerika21.de)

**«Damit die Hoffnung niemals stirbt!»**



Die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt und frauenrechte beider basel laden ein zu einer

**Solidaritätsveranstaltung**

im Rahmen von «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

**Samstag 29. November 2014 im Schmiedenhof, Basel**  
Eingang Rümelinsplatz

**ab 15.00 Uhr**  
Solidaritätsbazar mit Olivenöl und Zatar aus Palästina mit Kunsthandwerk aus dem In- und Ausland mit Büchertisch und Informationsmaterial  
Brötli • selbstgebackene Kuchen • Kaffee • Getränke

**16.30 Uhr**  
4. Marche mondiale des femmes 2015 Bericht von **Alessandra Ceregatti** (Brasilien) vom Internationalen Sekretariat des Marche mondiale des femmes

**18.00 Uhr**  
Vortrag von **Dr. med. Maja Hess** über die Psychosoziale Unterstützung von Frauen mit Kriegstraumata (Gaza und El Salvador)

BASLER FRAUENVEREINIGUNG FÜR FRIEDEN UND FORTSCHRITT



Die Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen (16tage.ch) wird in der Schweiz koordiniert vom cfj.

**Alte UWs gesucht!**

Um die UW seit 1978 zu Archivbänden binden zu können, suchen wir nach zusätzlichen Exemplaren einiger alter UW-Ausgaben. Genauer suchen wir nach Exemplaren von **UW 5/6 1999** und von verschiedenen Ausgaben vor 1991.

Falls Sie als langjähriger Leser noch solche besitzen, möchten wir Sie bitten mit uns Kontakt aufzunehmen.

Mail: [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch)  
Telefon: 061/681 03 63  
Fax: 061/681 76 32



# Unsere Welt



Papst Franziskus im Dialog mit Aktivistinnen und Aktivisten der Sozialen Bewegungen. Die drei thematischen Schwerpunkte des Treffens waren: tierra – techo – trabajo: Land (Bauern, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsouveränität und Umwelt), Wohnraum (informelle Ansiedlungen, Mangel an Wohnraum und arme urbane Peripherien) und Arbeit (informelle Arbeit, Kinder- und Jugendarbeit). Am Treffen nahm auch der Präsident des Plurinationalen Staates Bolivien, Evo Morales teil. Foto: vatican.va

## Papst Franziskus hat neue Gesprächspartner Schrei nach Frieden

Vom 27. bis 29. Oktober trafen sich auf Einladung des Papstes ca. zweihundert Männer und Frauen aus allen Erdteilen, die engagiert sind in den Bewegungen Landloser Bauern, Ausgeschlossener Arbeitender, VertreterInnen selbstgeführter Betriebe, von MigrantInnen und BewohnerInnen von Elendsvierteln und diskutierten in der Alten Synodenaula von Rom, wie sich die Bewegungen den Problemen von Krieg, Vertreibung, Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit stellen sollten. Am 28. Oktober richtete sich Papst Franziskus persönlich an die Teilnehmenden. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Ansprache in der deutschen Übersetzung von Norbert Arntz vom Institut für Theologie und Politik in Münster ([www.itpol.de](http://www.itpol.de)).

### Von Papst Franziskus

(...) Solidarität ist ein Wort, das nicht immer gut ankommt, ja, ich würde sagen, dass wir es manchmal sogar zu einem unanständigen Wort gemacht haben, das man nicht sagen darf. Aber es ist ein Wort, das viel mehr meint als einige sporadische grossherzige Gesten. Es meint, dass man denkt und handelt im Sinne von Gemeinschaft, dass das Leben aller wichtiger ist als die Güteranhäufung einiger weniger. [Solidarität] meint auch, die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, wenn Arbeitsplätze fehlen, Land oder Wohnraum nicht zur Verfügung stehen, wenn Sozial- und Arbeitsrechte vorenthalten werden. [Solidarität meint], sich zu konfrontieren mit den zerstörerischen Auswirkungen des Imperiums des Geldes: Zwangsumsiedlungen, leidvolle Migration, Menschenhandel, Drogen, Krieg, Gewalt und all jene Realitäten, unter denen viele von euch leiden und die zu ändern wir alle aufgerufen sind. Solidarität, in ihrer tiefsten Bedeutung, meint eine bestimmte Art, Geschichte zu gestalten. Und das ist es, was die Sozialen Bewegungen praktizieren.

### Tierra – Land

(...) Unser Treffen heute entspricht einem ganz bestimmten Verlangen nach etwas, das jeder Vater und jede Mutter für ihre Kinder wollen; ein Verlangen nach etwas, das für alle zu Verfügung stehen müsste, das wir aber leider heute für die allermeisten in immer weitere Ferne rücken sehen: Landbesitz, ein Dach über dem Kopf und Arbeit. Es ist befremdlich: Wenn

ich als Papst davon spreche, heisst das für einige, dass der Papst ein Kommunist ist.

Die andere Dimension dieses bereits globalen Prozesses ist der Hunger. Wenn Finanzspekulationen den Preis von Lebensmitteln bestimmen, weil sie Lebensmittel als Waren behandeln, hungern Millionen von Menschen und sterben daran. Ausserdem werden Tonnen von Lebensmitteln weggeworfen. Das ist wirklich ein Skandal. Hunger ist ein Verbrechen. Ernährung ist ein unveräusserliches Menschenrecht. Ich weiss, dass einige von euch eine Landreform fordern, um wenigstens das ein oder andere dieser Probleme zu lösen. Lasst mich Euch sagen, dass in bestimmten Ländern – und hier zitiere ich das Kompendium der Soziallehre der Kirche – die Landreform nicht nur zu einer politischen Notwendigkeit, sondern zu einer moralischen Verpflichtung [wird].

Das sage also nicht nur ich allein, das steht im Kompendium der Soziallehre der Kirche. Setzt Euch also bitte weiterhin für die Würde der ländlichen Familie ein, für das Wasser, für das Leben und dafür, dass allen die Früchte der Erde zugute kommen.

### Techo – Wohnraum

Zweitens das Dach über dem Kopf. Ich habe es bereits gesagt und wiederhole es noch einmal: für jede Familie eine eigene Wohnung. (...) Familie geht nicht ohne Wohnung. Aber damit das Dach über dem Kopf ein Heim werden kann, braucht es auch eine Gemeinschaftsdimension, nämlich die Nachbarschaft ... und es ist eben die Nachbarschaft, von der aus

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch) Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

### Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

man beginnt, an der grossen Familie der Menschheit mitzubauen, vom unmittelbaren Zusammenleben mit den Nachbarn ausgehend. (...)

Wir leben in Städten, die Türme, Einkaufszentren bauen und Immobiliengeschäfte betreiben ... aber einen Teil von sich selbst an den Rändern, an den Peripherien aufgeben. Wie weh tut es, wenn man hört, dass Armensiedlungen marginalisiert werden oder – noch schlimmer – dem Erdboden gleich gemacht werden sollen! Die Bilder von Zwangsräumungen, von Bulldozern, die kleine Häuschen niedermachen, sind so grausam wie Kriegsbilder. Und das sieht man heutzutage.

Ihr wisst, dass in den Armenvierteln, wo viele von euch wohnen, Werte überleben, die in den Wohngebieten der Neureichen längst vergessen sind. Die Siedlungen sind mit einer reichen Volkskultur gesegnet. Der öffentliche Raum ist nicht nur ein Transitraum, sondern Erweiterung des Heims, ein Ort, an dem man Kontakte mit den Nachbarn knüpft. Wie schön sind die Städte, die das krankmachende Misstrauen hinter sich gelassen haben, die verschiedensten Menschen zusammenführen und aus dieser Integration einen neuen Entwicklungsfaktor machen. Wie schön sind die Städte, die auch in ihrer architektonischen Gestaltung viel Raum lassen, in denen es möglich ist, Verbindungen zueinander aufzubauen, in Beziehung zu treten, die Anerkennung der Anderen vorzubringen. Daher keine Marginalisierung und keine Beseitigung von Siedlungen: Die städtische Integration muss vorangebracht werden. Dieses Wort Integration muss ab sofort das Wort Beseitigung ersetzen. Aber auch jene Projekte, die scheinbar die Armensiedlungen verschönern, die Peripherien ordentlicher gestalten sollen und die gesellschaftlichen Wundmale verdecken statt sie zu heilen, müssen ersetzt werden durch die Förderung einer echten, vom Respekt geprägten Integration. Häufig haben wir es hier mit einer Art architektonischen make-up's zu tun, richtig? Jedenfalls geht es in diese Richtung. Lasst uns dafür arbeiten, dass alle Familien ein Zuhause und dass alle Stadtviertel eine ausreichende Infrastruktur haben (Abwasserkanäle, Strom, Gas, Asphalt) und natürlich: Schulen, Krankenhäuser oder Erste-Hilfe-Zentren, Sportverein und alles, was Verbindung schafft und zusammenführt, ebenso Zugang zu Gesundheit, Bildung und Sicherheit des Besitzes.

### Trabajo – Arbeit

Drittens Arbeit. Es gibt keine schlimmere materielle Armut – ich fühle mich dazu gedrängt, es noch einmal zu wiederholen – es gibt keine schlimmere materielle Armut als die, sich das tägliche Brot nicht zu verdienen und der Würde der Arbeit beraubt zu sein. Jugendarbeitslosigkeit, informelle Beschäftigungen und fehlende Arbeitnehmerrechte sind nicht unvermeidlich, sie ergeben sich aus einer zuvor getroffenen gesellschaftlichen Option, aus einem Wirtschaftssystem, das den Profit über den Menschen stellt, und wenn es um wirtschaftlichen Profit geht, sogar über Menschheit bzw. über den Menschen. Hier sehen wir die Auswirkungen einer

Wegwerf-Kultur, die den Menschen selbst als Konsumgut betrachtet, das benutzt und dann weggeworfen werden kann.

(...) Selbstverständlich haben alle Arbeitnehmer, ob sie nun im formalen System der Lohnarbeit drin sind oder nicht, das Recht auf angemessene Entlohnung, soziale Sicherheit und Altersvorsorge. Hier sind Müllsammelnde, Müllverwerter, Strassenhändler, Schneider, Handwerker, Fischer, Bauern, Bauarbeiter, Bergleute, Arbeiter aus selbstgeführten Unternehmen, Genossenschaftsangehörige aus unterschiedlichen Sparten und Arbeitende aus selbstorganisierten Dienststellen – sie alle sind aus dem Arbeitsrecht ausgeschlossen, ihnen verweigert man die Möglichkeit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss, sie haben keine ausreichenden, festen Einkünfte. Heute möchte ich eurer Stimme meine Stimme hinzufügen und euch in eurem Einsatz unterstützen.

### Für Frieden und die Natur

Bei diesem Treffen habt ihr auch über Frieden und Ökologie gesprochen. Das liegt in der Logik: Man kann kein Land besitzen, man kann kein Dach über dem Kopf haben, man kann keine Arbeit haben, wenn wir keinen Frieden haben und wenn wir den Planeten zerstören. Diese wichtigen Themen müssen die Völker und ihre Basisorganisationen dringlich diskutieren. Sie dürfen nicht allein von den politischen Führungskräften behandelt werden. Alle Völker der Erde, alle Männer und Frauen guten Willens, alle müssen wir zum Schutz dieser beiden kostbaren Gaben unsere Stimmen erheben, für Frieden und für die Natur, bzw. – wie Franz von Assisi sie nennt – für die Schwester Mutter Erde.

Kürzlich habe ich gesagt, und ich wiederhole das hier, wir stecken mitten im dritten Weltkrieg, allerdings in einem Krieg in Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die um überleben zu können, Krieg führen müssen. Also produzieren und verkaufen sie Waffen. So werden die Bilanzen jener Wirtschaftssysteme saniert, die den Menschen zu Füssen des Götzen Geld opfern. Man denkt weder an die hungernden Kinder in den Flüchtlingslagern, noch an die Zwangsumsiedlungen, weder an die zerstörten Wohnungen, noch an die im Keim ersticken Menschenleben. Wie viel Leid! Wie viel Zerstörung! Wie viel Schmerz! Heute, liebe Brüder und Schwestern, steigt in allen Teilen der Erde, in allen Völkern, in jedem Herzen und in den Sozialen Bewegungen der Schrei nach Frieden auf: Nie wieder Krieg!

Das Wirtschaftssystem, das sich um den Götzen Geld dreht, muss auch die Natur plündern, die Natur ausplündern, um die Hektik des Konsums aufrecht erhalten zu können, von dem es lebt. Der Klimawandel, der Verlust biologischer Vielfalt, die Waldzerstörung zeigen bereits ihre verheerenden Auswirkungen in den grossen Naturkatastrophen, die wir erleben. Und Ihr seid diejenigen, die am stärksten darunter zu leiden haben, die kleinen Leute, die an den Küsten in Hütten leben und die wirtschaftlich so verwundbar sind, dass sie bei einer Naturkatastrophe alles verlieren.

### Würde des Menschen wieder ins Zentrum rücken

Brüder und Schwestern, die Schöpfung ist kein Eigentum, über das wir nach eigenem Gutdünken verfügen können. Und schon gar nicht ist sie das Privateigentum einiger weniger. Die Schöpfung ist eine Gabe, ein Geschenk, ein wunderbares Geschenk, das Gott uns gegeben hat, damit wir uns darum kümmern und es immer mit Respekt und Dankbarkeit zum Wohle aller nutzen. Ihr wisst vielleicht, dass ich an einer Enzyklika über Ökologie arbeite: Seid dessen gewiss, dass eure Anliegen darin enthalten sein werden. (...)

Einige von euch haben gesagt: Dieses System ist nicht mehr zu ertragen. Wir müssen es ändern. Wir müssen die Würde des Menschen wieder ins Zentrum rücken und dann auf diesem Grund alternative gesellschaftliche Strukturen errichten, die wir brauchen. Das müssen wir mit Mut, aber auch mit Intelligenz betreiben. Hartnäckig, aber ohne Fanatismus. Leidenschaftlich, aber ohne Gewalt. Und gemeinsam, die Konflikte im Blick, ohne uns in ihnen zu verfangen, immer darauf bedacht, die Spannungen zu lösen, um eine höhere Stufe von Einheit, Frieden und Gerechtigkeit zu erreichen. (...)

### Euer Kampf tut allen gut

Ich weiss, dass unter euch Menschen verschiedener Religionen, Funktionen, Ideen, Kulturen, Länder, Kontinente sind. Heute praktiziert ihr alle hier die Kultur der Begegnung, die so anders ist als Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Intoleranz, die wir so oft erleben. Unter den Ausgeschlossenen findet man diese Begegnung der Kulturen, wo das Gemeinsame das je Besondere nicht zunichte macht. Deshalb mag ich das Bild des Polyeder so sehr, die geometrische Figur mit vielen verschiedenen Gesichtern. Das Polyeder spiegelt das Zusammenspiel aller jeweiligen Besonderheiten, da sie in ihm ihre Originalität bewahren. Nichts wird aufgelöst, nichts geht verloren, nichts wird beherrscht, alles wird integriert, alles integriert. Heute geht es euch auch um die Synthese zwischen dem Lokalen und dem Globalen. Ich weiss, dass ihr Tag für Tag in eurer nahen Umgebung, an konkreten Aufgaben, auf eurem Landgebiet, in eurem Stadtviertel, an eurem Arbeitsplatz an dieser Synthese arbeitet. Ich möchte euch dazu auch ermutigen, dass ihr weiter an dieser grossen Perspektive arbeitet, damit unsere Träume hochfliegen und das Ganze umfassen.

(...) Von Herzen begleite ich euch auf diesem Weg. Aus tiefstem Herzen lasst uns gemeinsam sagen: Keine Familie ohne Wohnung, kein Bauer ohne Land, kein Arbeitnehmer ohne Rechte, kein Mensch ohne die Würde, die die Arbeit bedeutet.

Liebe Schwestern und Brüder: Setzt euren Kampf fort. Das tut uns allen gut. Er ist ein Segen für die Menschheit.

(Untertitel: Redaktion UW. Vollständiger Text auf Deutsch: [www.itpol.de](http://www.itpol.de). Originaltext auf Spanisch: [http://w2.vatican.va/content/francesco/es/speeches/2014/october/documents/papa-francesco\\_20141028\\_incontro-mondiale-movimenti-popolari.html](http://w2.vatican.va/content/francesco/es/speeches/2014/october/documents/papa-francesco_20141028_incontro-mondiale-movimenti-popolari.html))